

Zeitschrift der AG Cuba sí
in der Partei DIE LINKE

Politischer und moralischer Sieg

Am 23. Juni 2021 stimmten die Mitglieds-länder der UN-Vollversammlung über die von Kuba eingebrachte Resolution „Notwendigkeit der Beendigung des von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargos“ ab. Zum 29. Mal (!) seit 1992 votierte die überwältigende Mehrheit der Staaten für die Aufhebung der US-Blockade: 184 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen (Brasilien, Kolumbien, Ukraine) und 2 Ablehnungen (USA und Israel) sind ein politischer und moralischer Sieg Kubas.

Die Weltgemeinschaft formuliert eine klare Erwartung an die neue US-Regierung. Doch die Kuba-Politik Joe Bidens zeigt bislang wenig Progressivität: „Die Sanktionen sind ein Instrument unserer umfassenden Bemühungen, um die Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zu fördern und das kubanische Volk bei der Ausübung der Grundfreiheiten zu unterstützen. Wir sind daher gegen diese Resolution“, äußerte sich US-Diplomat Rodney Hunter vor der Abstimmung in New York. Es geht noch zynischer: „Wir wissen um die Herausforderungen, denen das kubanische Volk gegenübersteht. Deshalb sind die Vereinigten Staaten ein bedeutender Lieferant humanitärer Güter (...).“

Kuba durchlebt durch die von Trump verschärfte Blockade und die Auswirkungen der Pandemie eine schwere Krise. Kuba braucht deshalb Ihre politische und materielle Solidarität! Wir rufen Sie, liebe Leser*innen, liebe Spender*innen, auf: Berichten Sie in Familie und Freundeskreis über die Blockade und wie man für Kuba aktiv werden und spenden kann, und welches die stolze Antwort ist, die Kuba auf die US-Aggression gibt: Fünf COVID-19-Impfstoffe für die Welt, einer davon (Abdala) ist im Juli 2021 offiziell zugelassen mit einer Wirksamkeit von 92,28 %!

Unterstützen Sie Kuba, damit es sein alternatives Gesellschaftsmodell friedlich weiterentwickeln kann – mit den Menschen und für die Menschen!

COVID-19-Impfstoffe aus Kuba für die Welt

Im Juni 2021 erteilte das staatliche Zentrum für Arzneimittel und Medizinprodukte (CEC-MED) die Genehmigung für die erste klinische Studie bei Kindern und Jugendlichen. Ziel ist die Evaluierung über Wirksamkeit, Impfreaktion und Immunantwort im Körper für die beiden in Kuba entwickelten Impfstoffe Soberana 02 und Soberana Plus.

Unterdessen hat ein dritter Impfstoff im Juli 2021 seine offizielle Zulassung erhalten: Abdala ist mit einer Wirksamkeit von 92,28 Prozent der erste in Lateinamerika entwickelte und zugelassene Impfstoff gegen das Coronavirus. Er sei „ein Licht am Ende des Tunnels in diesem langen Wettlauf gegen die Pandemie,“ twitterte Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel.

Kuba wird seine insgesamt fünf Präparate auch in Länder des globalen Südens exportieren. Zunächst soll bis Ende August die Bevölkerung Havannas immunisiert sein, bis zum Jahresende das ganze Land. Wie eine kleine Nation, noch dazu der knebelnden US-Blockade ausgesetzt, zu einer solch unglaublichen Forschungsleistung fähig ist, lesen Sie auf Seite 10.

Kuba braucht weiterhin unsere Solidarität: Die Blockade behindert massiv die Einfuhr benötigter Ressourcen im Kampf gegen die Pandemie und zur Impfstoffproduktion. Cuba sí unterstützt das kubanische Gesundheitswesen – helfen Sie mit, Leben zu schützen!

Quellen: cubadebate.cu, finlay.edu.cu, telesurtv.net



Foto: Ismael Francisco

Der 12-jährige Gabriel García Fernández aus Havanna ist das erste Kind, das mit dem im Finlay-Institut für Impfstoffe (IFV) produzierten Impfstoff Soberana 02 gegen COVID-19 geimpft wurde. Er nimmt an einer klinischen Studie zur Wirksamkeit des in Kuba entwickelten Vakzins bei Kindern und Jugendlichen von 12 bis 18 Jahren teil, die Mitte Juni 2021 begann.

Liebe Leserinnen und Leser,

in Ihren Händen halten Sie eine ganz besondere Ausgabe unserer Revista: **Am 23. Juli 2021 feierte unsere Arbeitsgemeinschaft Cuba sí das 30. Jahr ihrer Gründung.** Stolz blicken wir auf drei Jahrzehnte gelebter Solidarität zurück. Begonnen hat dabei alles mit einem gebrochenen Versprechen. Nach dem Beitritt der DDR zum Rechtsgebiet der Bundesrepublik Deutschland kündigte die neue Regierung einseitig alle Verträge der DDR mit internationalen Partnern. Einer dieser Verträge beinhaltete die Lieferung von jährlich 22 000 Tonnen Milchpulver. Damit unterstützte die DDR das Versprechen der kubanischen Regierung, jedes Kind im Alter von null bis sieben Jahren täglich mit einem Liter Milch zu versorgen.

Dieses gebrochene Versprechen war Anlass zur Gründung von Cuba sí und der Beginn einer Erfolgsgeschichte: Im Rahmen unserer Kampagne „Milch für Kubas Kinder“ entwickelten sich wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltige Projekte in der kubanischen Landwirtschaft. Ansatz unserer Hilfe zur Selbsthilfe ist, durch eine regional angepasste Produktion lokale Ressourcen und alternative Energiequellen optimal zu nutzen, mehr Nahrungsmittel zu erzeugen, die Produktion zu

diversifizieren und die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren. Die Entwicklung der sozialen Infrastruktur umfasst den Bau von Wohnungen, die Förderung von Kulturzentren sowie die Sanierung von Schulen und Gesundheitseinrichtungen – damit verbessern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen und wirken der Landflucht entgegen.

Seit dem ersten Projekt ist die Kubanische Vereinigung für Tierproduktion (ACPA) unser verlässlicher Partner. Die Fachleute konzipieren neben Lehrbüchern, deren Druck Cuba sí regelmäßig unterstützt, auch Weiterbildungen und Qualifizierungen für die Projektbegünstigten. So entsteht neben einer nachhaltigen Wissensvermittlung ein Multiplikatoreffekt auf die umliegenden Betriebe in den Projektregionen.

Bis heute hat Cuba sí 15 Projekte in der kubanischen Landwirtschaft abgeschlossen: Sie werden von den Mitarbeitern in Eigenregie weitergeführt und leisten einen stabilen Beitrag zur Ernährungssouveränität des Landes. Wir sind stolz darauf, dass wir all diese Projekte zu 100 Prozent aus Spendengeldern umsetzen. Wir danken Ihnen, liebe Spenderinnen und Spender, für Ihre Treue und Ihr Vertrauen in unsere Organisation.

Auch nach 30 Jahren bleibt die Solidarität mit Kuba aktuell: Eine der wichtigsten politischen Forderungen der Solibewegung ist nach wie vor das Ende der US-Blockade gegen

Kuba. Nach mehr als sechs Jahrzehnten und der letzten Präsidentenwahl in den USA scheint noch kein Politikwechsel in Sicht; die unter Trump verschärfte Sanktionen hat auch Biden bislang nicht angetastet. Zusätzlich wird die subtile Aggression gegen Kuba in den sozialen Netzwerken verstärkt.

Kubas Antworten auf die unverhohlene Aggression des großen Nachbarn im Norden und dessen niedere Beweggründe, einen Systemwechsel herbeizuführen, sind Solidarität, Würde und ein beeindruckender Altruismus. Wir berichten in dieser Ausgabe über Kubas politischen und moralischen Sieg in der UN-Vollversammlung, als erneut die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft für ein Ende der Blockade stimmte und über die unglaubliche Forschungsleistung Kubas, fünf Impfstoffe gegen COVID-19 zu entwickeln.

Kubas aufrechter Gang ist für uns immer wieder Ansporn, an der Seite dieses Landes die Menschen in ihrem Bestreben zu unterstützen, ihr alternatives Gesellschaftsmodell friedlich zu entwickeln. Schön, dass Sie, liebe Spenderinnen und Spender, aktiv und von Herzen mitwirken, damit die Solidarität immer wieder Wege findet, die US-Blockade zu durchbrechen. Wir wünschen Ihnen eine spannende und informative Lektüre und einen schönen Sommer! Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Die Redaktion

Fabrik zur Verarbeitung von Moringa

In der Provinz Pinar del Río wird eine Fabrik zur Verarbeitung von Moringa errichtet, deren Produkte für die pharmazeutische Industrie bestimmt sind sowie zur Herstellung von Tee. Die aus einer Analyse verschiedener Teile der Moringapflanze erhaltenen Ergebnisse zeigen einen hohen Nährwert, insbesondere einen Proteinwert von bis zu 28 Prozent. Die Fabrik ist in die landwirtschaftliche Genossenschaft *El Pitirre* eingegliedert und wird eine der drei Anlagen dieses Typs sein, die gerade landesweit errichtet werden. Parallel zur Fabrik entstehen Moringa-Plantagen – bis jetzt sind sechs Hektar gepflanzt und in den Treibhäusern der Genossenschaft werden weiter Keimlinge gezogen. Die Anlage kann nach Fertigstellung jährlich 20 Tonnen Pulver im Wert von 240 000 Dollar für den internationalen Markt erzeugen. Außerdem geht in *El Pitirre* der Aufbau einer Miniindustrie zur Verarbeitung von Früchten und einer Fabrik für Granulatfutter auf der Basis von proteinhaltigen Pflanzen voran. Dies alles ist Teil eines ehrgeizigen Projektes, das noch von Fidel Castro während seiner letzten Lebensjahre entworfen wurde. Das Vorhaben befindet sich in Expansion und wird in Pinar del Río voraussichtlich über 800 Hektar ausmachen.

Quelle: Granma, 3. 5. 2021

Kubanische Mobiltelefone fast fertig



Foto: @GEDEMEG

Erstes kubanisches Mobiltelefon mit dem Betriebssystem NovaDroid

Das Industrieunternehmen für Informatik, Kommunikation und Elektronik (Gedeme) gab jüngst bekannt, dass sich der Prototyp des ersten kubanischen Mobiltelefons in der Endphase der Entwicklung befindet. Die 6 000 Exemplare des kubanischen Mobiltelefons der Pilotphase kommen noch nicht mit einem eigenen Betriebssystem auf den Markt. Für die zweite Phase ist jedoch vorgesehen, dass dieses Mobiltelefon ein in Kuba entwickeltes Betriebssystem haben wird – NovaDroid – das von der Universität für Informatikwissenschaften (UCI) entwickelt wurde und wird. Die Anfänge von NovaDroid gehen auf das Jahr 2013 zurück, als eine Gruppe von Studenten der UCI begann, ein Betriebssystem für Mobiltele-

fone für Kuba zu entwickeln. Nach und nach gewann das Forschungsprojekt an Bedeutung, bis es in den Mittelpunkt des Zentrums für Freie Software der UCI gelangte.

Quelle: Granma, 7. 6. 2021

Stimulierung der Geburtenrate

Zu den Prioritäten Kubas gehört die Aufmerksamkeit für die demografische Entwicklung des Landes mit dem Ziel, die Geburtenrate zu stimulieren. Im April wurden 42 512 Mütter mit drei oder mehr Kindern unter 17 Jahren im Land gezählt, von denen 29 417 Maßnahmen in ihren Wohnungen bzw. Häusern benötigen. Ein neues Gesetz beinhaltet deshalb den Kauf von Wohnungen durch die Stadtverwaltungen, um sie Erziehungsberechtigten zuzuweisen. Fälle mit einer ungünstigen Wohnungssituation werden bevorzugt. Bis zu 350 000 kubanische Pesos werden pro Familie bereitgestellt. Außerdem können junge Paare mit einem oder mehreren Kindern, die Wohnungsprobleme haben, eine ähnliche Behandlung erfahren, je nach den Prioritäten der Region. Die Gemeindeverwaltungsräte (CAM) werden in die Lage versetzt, den Kauf von Baumaterialien für die Begünstigten zu priorisieren, um Baumaßnahmen auch aus eigener Kraft durchzuführen.

Quelle: Granma, 20. 5. 2021

Auswahl: A. Becker, Kürzungen: Th. Grossman

Tarea Ordenamiento – die Aufgabe der Neuordnung

Der studierte Ökonom Ramón Labañino Salazar ist nicht nur einer der Fünf Helden (*Los Cinco*) der Republik Kuba, der Informationen über geplante feindselige Aktivitäten exilkubanischer Gruppen sammelte. Er ist auch Vizepräsident der Nationalen Vereinigung der Ökonomen Kubas (ANEC). In dieser Funktion sprachen wir mit ihm über die Umsetzung grundlegender Strukturveränderungen in der kubanischen Politik und Verwaltung, z. B. der Währungsreform, die sogenannte *Tarea Ordenamiento*.



Ramón Labañino Salazar

● **Revista:** Was waren die Auslöser, die eine *Tarea Ordenamiento* erforderlich machten? Wie wirken sich die umwälzenden Veränderungen im öffentlichen Leben auf den Alltag aus?

Ramón: Vor dem 1. Januar 2021, als die *Tarea Ordenamiento* begonnen wurde, bestand ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen privatem und staatlichem Sektor. Für die Privatwirtschaft wurde ein Wechselkurs zugrunde gelegt, bei dem ein US-Dollar einem konvertierbaren Peso (CUC) entsprach. Ein CUC entsprach wiederum 25 kubanischen Peso (CUP). Im Privatsektor zahlte man in CUC. Im staatlichen Bereich gab es ebenfalls die Gleichsetzung des Dollars – allerdings zum kubanischen Peso, in dem auch Zahlungen erfolgten.

Dieser Missstand schuf Anreize, lieber im privaten Bereich zu arbeiten als in einem sozialistischen Staatsbetrieb: Das durchschnittliche Einkommen im Privatsektor betrug rund 300 CUC – multipliziert mit dem Wechselkurs von 1 : 25 kamen so 7 500 CUP zusammen. Dagegen lag das durchschnittliche Monatseinkommen im staatlichen Bereich bei 500 CUP; das entsprach rund 20 CUC beim Kurs 25 : 1.

Diese Schieflage trug dazu bei, dass ein Großteil qualifizierten Personals vom staatlichen in den privaten Sektor wechselte: Ein promovierter Wissenschaftler, ein Ingenieur oder Arzt arbeitete als Taxifahrer, in der Gastronomie oder in Hotels, weil die Bezahlung in CUC erfolgte. Auch wurde der Import mehr

gefördert als der Export, wodurch sich das Land verschuldet und eine negative Zahlungsbilanz mit Handelspartnern aufweist.

Aus buchhalterischer Sicht verunmöglichen zudem zwei verschiedene Währungen mit unterschiedlichen Wechselkursen eine objektive und transparente Rechnungslegung sowie eine effektive ökonomische Analyse, die es erlauben würde, richtige Entscheidungen zu treffen. Die sensibelsten Bereiche unserer Gesellschaft sind diejenigen mit einem niedrigen Einkommen: Rentner, Hausfrauen, Arbeiter mit geringer Qualifikation. Dagegen profitierten jene am meisten mit einem Zugang zum privaten Sektor, aber auch Künstler und Kulturschaffende.

● **Welche positiven Ergebnisse lassen sich rund ein halbes Jahr nach der Einführung ableiten?**

Die Einführung einer einzigen Währung (CUP) mit einem Wechselkurs von einem US-Dollar zu 24 CUP ermöglicht klare, vergleichbare Aussagen über die Effizienz privater und staatlicher Betriebe. Mit der Einkommensreform werden die sozialistischen Staatsbetriebe zudem wettbewerbsfähiger: Durchschnittlich wurden die Löhne auf 3 500 CUP erhöht. In den ersten fünf Monaten seit der Einführung lässt sich eine Rückkehr von Beschäftigten in den Staatssektor und in den produktiven Bereich beobachten. Das ist wichtig für Kuba, weil dort Werte geschaffen werden, um Importe zu reduzieren und vorhandene Ressourcen besser zu nutzen. Bis heute sind mehr als 150 000 Arbeitsplätze neu besetzt worden. Zudem gibt es mit der leistungsorientierten Bezahlung einen Anreiz, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Man kann sein Einkommen so auf das Fünffache oder mehr erhöhen.

Unser Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil, sagte dazu: „Die Verschärfung der Blockade und die COVID-19-Pandemie verknappen das Angebot, aber bestimmte Indikatoren weisen auf eine Erholung hin. Wir zielen auf wirtschaftliches Wachstum von 6 Prozent im Jahr 2021. Kuba wird sich vom ökonomischen Einbruch der Jahre 2019 und 2020 erholen, bei dem das BIP um 11 Prozent zurückging aufgrund nicht eingetretener Faktoren (Tourismus, niedrigerer Weltmarktpreis für Nickel). Gleichzeitig konsolidiert sich die Wertschöpfungskette des sozialistischen Staatsbetriebs und der privaten Unternehmungen durch mehrere Beschlüsse der Regierung: erweiterte private bzw. genossenschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten, ein Programm zur regionalen Entwicklung, 60 Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen

Produktion und 15 Maßnahmen zur Stärkung der sozialistischen Staatsunternehmen.“

● **Welche Auswirkungen hat die unter der Trump-Administration verschärfte US-Blockade bei der Umsetzung der *Tarea Ordenamiento*?**

Die Blockade führt zu Verlusten in Höhe von 12 bis 15 Millionen US-Dollar täglich. Ihre extraterritorialen Auswirkungen bedeuten erschwerte Finanztransaktionen, ungenügende ausländische Investitionen, kritischen Zugang zu Kraftstoffen und verteuerte Betriebsmittel. Gleichzeitig entstehen Kosten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie – aktuell rund 300 Millionen US-Dollar (ca. 2 Milliarden CUP) – und es fehlt an Devisen, resultierend u. a. aus den fehlenden Tourismuseinkünften. Dies führt zu einer eingeschränkten Liquidität, was sich wiederum in Mängeln bei der täglichen Versorgung bemerkbar macht. Gleichwohl sind in den ersten Monaten nach Einführung die Güterexporte im Verhältnis zu 2020 gestiegen.

● **Wurde die Bevölkerung bei der Vorbereitung dieses tiefgreifenden Veränderungsprozesses einbezogen? Was sind die nächsten Etappen?**

Unsere Bevölkerung hat eine sehr aktive Rolle bei allen Aspekten des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens des Landes. Hier zeigt sich die wahrhaft sozialistische Demokratie: Bereits lange vor Einführung der *Tarea Ordenamiento* liefen Pilotprojekte in verschiedenen Regionen des Landes. Jeder Bürger konnte seine Meinung äußern und damit die politischen Maßnahmen verbessern. Der Druck, unsere Arbeitsproduktivität zu erhöhen und mehr zu produzieren, bleibt angesichts des Mangels durch die Blockade und die Pandemie jedoch unvermindert hoch.

Unser Volk ist unmittelbar und jederzeit beteiligt an Meinungsumfragen über Fernsehen, Rundfunk und in den sozialen Medien. Es gibt Versammlungen und Diskussionen in Betrieben, Einrichtungen sowie in den Massenanorganisationen, in der Partei und beim Jugendverband. Berechtigte Kritik wird sehr ernst genommen und äußert sich in neu berechneten Preis- und Tarifierpassungen. Um das Ohr an der Masse zu haben, wurden – angefangen bei unserem Präsidenten – soziale Medien wie Facebook, Twitter, YouTube erweitert für die Meinungsbekundungen und Diskussionen der Bevölkerung.

Die *Tarea Ordenamiento* ist eine Politik der konstanten Veränderung und Vervollkommnung des kubanischen Modells, bis wir jenen blühenden und nachhaltigen Sozialismus erreicht haben werden, der in den Leitlinien der PCC, in unserem Entwicklungsplan bis 2030 und in den Zielsetzungen für die soziale Entwicklung verankert ist.

Übersetzung: Angelika Becker,
Bearbeitung: Miriam Näther

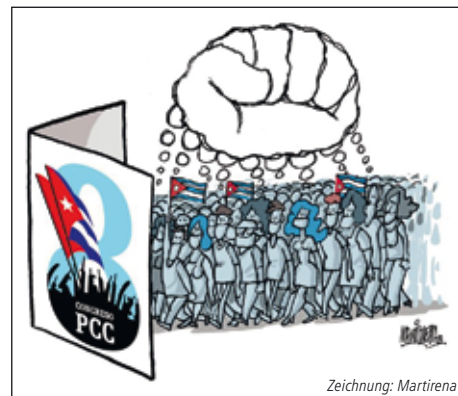
Kontinuität und Erneuerung

Eine Bilanz des 8. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas

Der am 19. und 20. April diesen Jahres stattgefundene 8. Parteitag der *Partido Comunista de Cuba* (PCC) kann wahrlich als historisches Ereignis bezeichnet werden. So endete mit der Wahl von Staatspräsident Miguel Díaz-Canel zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der im Jahr 2016 begonnene Prozess der geordneten Übergabe der wichtigsten Funktionen in Staat, Regierung und Partei an Vertreter einer jüngeren Generation.

Nach dem Ausscheiden von Raúl Castro, seinem langjährigen Stellvertreter José Ramón Machado Ventura sowie Ramiro Valdés Menéndez bekleiden nun keine der einstigen Guerillakämpfer und Weggefährten Fidel Castros noch Parteiämter. Dass dieser historische Umbruch jedoch keine Abkehr von den revolutionären Idealen bedeutet, versicherte Díaz-Canel in seiner Antrittsrede und hob die zentrale Bedeutung der Kommunistischen Partei für die Verteidigung der Revolution hervor. Um diese Herausforderung bewältigen zu können, kündigte er Maßnahmen zur politischen und organisatorischen Stärkung der im Jahr 1965 gegründeten und über 700 000 Mitglieder zählenden Partei an. Dazu gehören unter anderem die inhaltliche und methodische Aktualisierung der ideologischen Arbeit sowie die Einbindung neuer Kader aus dem Jugendverband UJC. Hintergrund dieses Politikansatzes, der neben Quantität auch auf die Qualität der Parteimitglieder setzt, ist die Tatsache, dass die *Partido Comunista* laut Verfassung weder exekutive noch administrative Rechte besitzt und somit ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele ausschließlich durch die Tätigkeit ihrer Mitglieder in Institutionen, Massenorganisationen, Betrieben oder auch in der Nachbarschaft realisieren kann.

Ein zentrales Element der von Díaz-Canel in seiner Ansprache thematisierten Aufgabe zur Verteidigung der Revolution stellt die Stärkung der sozialistischen Demokratie dar. Für die Umsetzung dieses verfassungsmäßig verankerten Grundprinzips, das die Beteiligung der Gesellschaft an den laufenden wirtschaftlichen und sozialen Prozessen vorsieht, wird nach seiner Auffassung ein Umfeld benötigt, „das von den Lasten der Bürokratie, übermäßigem Zentralismus und Ineffizienz befreit ist.“ Diese internen Probleme haben dazu beigetragen, dass die durch US-Blockade und weitere externe Faktoren ohnehin geschwächte kubanische Wirtschaft in den fünf Jahren seit dem letzten Parteitag „keine guten Ergebnisse“ vorzuweisen hatte. In seinem Rechenschaftsbericht ging der von 2011 bis zu diesem Jahr amtierende Erste Parteisekretär Raúl Castro auf die ökonomische Entwicklung seines Landes seit dem Jahr 2016 ein und zog eine durchaus kritische Bilanz. Zwar gelang es trotz der unter dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump verschärften Blockade, die Errungenschaften wie Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit aufrechtzuerhalten und die internationalistischen Missionen fortzuführen, eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft gelang jedoch nicht. Als Gründe für die nach wie vor fehlende unzureichende Produktivität, Effizienz und Innovation führte Raúl Castro Erscheinungen wie ausufernde Bürokratie sowie die durch ungenügende Kontrolle begünstigte Korruption und anderweitige illegale Handlungen an. Um diese strukturellen Probleme langfristig und endgültig zu überwinden, bedarf es nach seinen Worten einer größeren Dynamik bei der Realisierung des Projektes der „actualización del modelo económico y social.“



Konkret solle es demnach darum gehen, die wirtschaftlichen Planungen stärker als bisher mit der Autonomie der Unternehmen in Übereinstimmung zu bringen sowie private Eigentums- und Managementformen zu flexibilisieren und zu institutionalisieren. Der bisherige Parteivorsitzende betonte dabei, dass die Basis des Wirtschaftsmodells auch weiterhin die Staatsunternehmen bleiben sollen, die künftig jedoch eigenständiger, flexibler und initiativer agieren sollten. In seiner letzten Rede als Erster Sekretär machte er zugleich aber deutlich, dass die Reformen im Unternehmenssektor, die Öffnung nahezu aller Berufe für den Privatsektor sowie die Währungsreform zwar notwendig seien, jedoch keinen „Bruch mit den Idealen der Gerechtigkeit und Gleichheit der Revolution“ darstellen würden. Mit Blick auf sein politisches Vermächtnis sagte Raúl Castro in diesem Kontext: „Es gibt Grenzen, die wir nicht überschreiten können, weil die Folgen unumkehrbar wären und zu strategischen Fehlern und zur Zerstörung des Sozialismus (...) führen würden.“

Solange diese Maxime Anwendung findet, steht auch der Sozialismus nicht zur Disposition. Allerdings sollte uns bewusst sein, dass gerade in Anbetracht der verschärften US-Aggression und der damit in direktem Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Probleme bisweilen auch Maßnahmen getroffen werden müssen, die widersprüchlich sind oder zumindest zeitweise eine Rücknahme bisheriger Politiken bedeuten. Für uns heißt dies: **Nicht weniger, sondern mehr Solidarität mit dem sozialistischen Kuba.**

Steffen Niese

Der zentrale Bericht an den 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgetragen von Armeegeneral Raúl Castro Ruz, Erster Sekretär des Zentralkomitees im Web: <http://de.granma.cu/cuba/2021-04-17/zentraler-bericht-an-den-8-parteitag-der-kommunistischen-partei-kubas>

Raúl Castro Ruz (3. v. l.) ist nach zehn Jahren an der Spitze der *Partido Comunista de Cuba* nicht erneut angetreten. Sein Nachfolger als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas ist Miguel Mario Díaz-Canel Bermúdez (4. v. l.).



Folgen Kolumbien und Peru dem chilenischen Beispiel?

Die Pandemie verschärft die soziale Spaltung: Ist die Zeit reif für einen Politikwechsel?

Seit dem 28. April gehen die Menschen in Kolumbien auf die Straße und protestieren gegen die Regierung und das Wirtschafts- und Sozialsystem im Land. Was dort geschieht, lässt Parallelen erkennen zu dem, was am 18. Oktober 2019 in Chile seinen Anfang nahm: Dort setzten sich die Menschen gegen eine Regierung zur Wehr, die in erster Linie die Interessen der Eliten im Blick hatte. Auslöser des praktisch aus dem Nichts heraus sich formierenden massiven Aufstands gegen das neoliberale Wirtschafts- und Sozialsystem war eine vergleichsweise geringfügige Preiserhöhung bei der U-Bahn.

Ähnliches geschieht in Kolumbien. Die Pandemie hat in der viertgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas die gesellschaftlichen Gegensätze massiv verschärft. Die Armen wurden ärmer, die untere Mittelklasse droht, in die Armut abzurutschen. Die Reichen wurden noch reicher. 2,3 Mio. Familien können sich nur zwei Mahlzeiten am Tag leisten. Der Anteil der Menschen in Armut stieg auf 42,5 Prozent.

Zündschnur Steuerreform

Und in diesem Moment wollte die Regierung eine Steuerreform auf den Weg bringen, um bei internationalen Ratingagenturen kreditfähig zu bleiben. Die Mittelklasse und die einkommensschwachen Gruppen, die ohnehin die härtesten Auswirkungen der Pandemie ertragen müssen, sollten die Staatsfinanzen sanieren, während Oberschicht und Unternehmen nicht angetastet werden sollten.

Diese geplante Steuerreform trieb nun die Leute auf die Straßen. Aus diesem Protest gegen diese inzwischen zurückgezogene ungerechte Steuerreform entwickelte sich ein Aufstand, der vor allem von einer Jugend getragen wird, die durch die Corona-Pandemie mit einer enormen Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit konfrontiert ist. Die Forderungen in Chile 2019 und in Kolumbien 2021 sind fast deckungsgleich. Es wird protestiert gegen das neoliberale Regime mit all den aus ihm erwachsenen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Verlangt wird die Chance auf ein würdiges Leben mit einem Job und vernünftiger Entlohnung, bezahlbare soziale Sicherungssysteme sowie Zugang zu Bildung und Gesundheit – also ein Gesellschaftsmodell, in dem nicht die Geburt und das Einkommen den Verlauf des Lebens vorzeichnen. Der Staat antwortet mit brutaler Repression und setzt die für den Kampf gegen Guerillaarmeen und organisierte Kriminalität ausgebildete Polizei und vermehrt auch Militär gegen SchülerInnen, Schüler und Studierende in Marsch. „Der Staat reagiert auf soziale Proteste, als sei er im Krieg“, kritisiert der linke Senator Iván Cepeda.

Nirgendwo sonst leben extrem Reiche und extrem Arme so nah beieinander wie in Lateinamerika. Laut der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika stieg der Anteil der in Armut Lebenden in der Region im vergangenen Jahr auf 33,7 Prozent und damit auf das höchste Niveau seit zwölf Jahren. 209 der 654 Millionen Menschen haben nicht genügend Geld, um ihren Hunger zu stillen oder ein würdiges Dach über dem Kopf zu bezahlen.

Schreckgespenst „Castrochavismus“

Auch in Peru ist aufgrund der unter den jetzigen Parlamentsabgeordneten grassierenden Korruption der Ruf nach Auflösung des Parlaments und der Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung für eine Neugründung Perus immer lauter geworden. Unter Pedro Castillo als Präsident wird dieser Weg beschritten werden. Deshalb versucht die sich hinter Keiko Fujimori vereinende Rechte, den knappen Wahlausgang mit allen Tricks zu kippen, um den angestrebten Erneuerungsprozess zu verhindern. Ein mediales Trommelfeuer der vorherrschenden privaten Medien stellt die Diktatorentochter Keiko Fujimori mit ihrem neoliberalen Programm als Repräsentantin für Demokratie hin, während der Sozialist Castillo den Castrochavismus verkörpert, damit also Unterdrückung, Unfreiheit, Enteignung und ein staatliches Wirtschaftssystem mit sich brächte.

Die Proteste in all den Ländern werden von dem Bestreben getragen, den Neoliberalismus zu überwinden und innerhalb des kapitalistischen Systems eine sozial gerechtere Gesellschaft zu erreichen. Von der Forderung nach Sozialismus keine Spur. Das nicht wahrzunehmen, wäre eine gefährliche Illusion. Die antikommunistische Beeinflussung hat merkliche Spuren hinterlassen.

Uns fällt es sicherlich schwer, richtig einzuschätzen, was ein Leben im lateinamerikanischen Neoliberalismus bedeutet, denn auch wir leben hier zwar in einem neoliberalen System, aber auf der relativen Sonnenseite. Ungewollt und zumeist unbewusst sind wir dessen Nutznießer: Unser relativer Wohlstand in den Industrieländern der „Ersten Welt“ beruht auf der unmenschlichen Ausbeutung jener Länder in der „Dritten Welt“. Wie teuer wäre hierzulande z.B. ein Handy oder anderes elektronisches Gerät, wenn die dortige Produktion gemäß den hier geltenden Arbeitsschutz- und Arbeitsrechtbestimmungen verlief und Kinder nicht mit bloßen Füßen in verrosteten Ölfässern das Gold aus dem cyanidhaltigen Schlamm herauszürten? Auf handelspolitischer Ebene sind es die sogenannten Freihand-

delsabkommen, mit denen die dortigen Länder zu ewigen Lieferanten billiger Rohstoffe (aufgrund von Kinderarbeit, prekären Löhnen, ohne soziale Absicherungen in der informellen Wirtschaft) verdammt werden sollen.

Ein Leben in Würde – nur Wunschdenken?

Es bleibt festzuhalten, dass es in den vom Neoliberalismus gebeutelten Ländern Lateinamerikas ein enormes Protestpotenzial gibt, das durchaus in der Lage ist, eine Veränderung der Verhältnisse herbeizuführen. Die vorhandenen erfolgreichen Beispiele haben zur Verbreitung der Vorstellung beigetragen, eine solche Veränderung mittels einer neuen Verfassung erreichen zu können, die von einer gewählten Verfassunggebenden Versammlung erarbeitet wird, um sich von den etablierten Politikern zu lösen und unabhängig eine volksverbundene Politik zu betreiben. Chile zeigt, dass sich Protest gegen die Verhältnisse lohnen kann. Das Volk erstritt die Öffnung eines Weges zu einer neuen Verfassung, in dem es gleichberechtigte Chancen für alle geben soll. Inwieweit die machtgewohnten Eliten das hinzunehmen bereit sind und an welche Grenzen innerhalb des kapitalistischen Systems die Schöpfer neuer Verfassungen stoßen, wird sich zeigen müssen, auch, ob es möglich ist, die angestrebten Ziele innerhalb des globalen kapitalistischen Systems zu verwirklichen, oder ob es sich als nötig erweist, das bestehende System zu überwinden. Der jetzige Kapitalismus stößt an seine Grenzen, kann weltweit nur mit seinen neoliberalen Auswüchsen überleben – oder braucht einen Krieg zur Lösung seiner Probleme.

Tiefgreifende verfassungsmäßige Änderungen erfolgten in der Vergangenheit nur durch Revolutionen wie in Kuba. Auch in Nicaragua ersetzte 1979 ein Grundstatut die geltende Verfassung, bis 1987 eine neue erarbeitete Verfassung mit Errungenschaften der Revolution sowie Prinzipien der bürgerlichen Machtausübung durch das Parlament angenommen wurde.

Neue, fortschrittliche Verfassungen gab es bisher in Venezuela (2000), Ecuador (2008) und Bolivien (2009), wo sogar ausdrücklich von einer Neugründung des Staates gesprochen wurde. Diesen Verfassungen ist gemeinsam, dass sie erst nach einem Wahlsieg in Angriff genommen wurden (wie es hoffentlich auch in Peru der Fall sein wird). In Chile wurde durch massive soziale Proteste die Erarbeitung einer neuen Verfassung erzwungen. Das sollte in weiteren lateinamerikanischen Ländern möglich sein.

Gerhard Mertschenk

Vom Wilden Westen nichts Neues

Die Kuba-Politik der Biden-Administration nach der Präsidentenwahl

Während des Wahlkampfes äußerte der jetzige US-Präsident Joseph Biden die Absicht, eine andere Kuba-Politik als die seines Amtsvorgängers Donald Trump praktizieren zu wollen. Bis zum heutigen Tag aber hat er keine der terroristischen Sanktionsmaßnahmen gegen Kuba rückgängig gemacht. Der lange „Zermürbungskrieg gegen die kubanische Revolution“ (William LeoGrande) geht weiter. Als Ausrede wird auf andere drängende Politikaufgaben verwiesen. Dennoch fand er Zeit, die Subversionsprogramme erneut mit 20 Millionen US-Dollar auszustatten und weitere kubafeindliche Maßnahmen zu fördern. Offenbar will er sein politisches Kapital nicht für Kuba einsetzen, sondern für Deals mit den Trump-hörigen Republikanern. Völkerrecht? Menschenrechte von elf Millionen Kubanern? Reise- und Handelsfreiheit seiner eigenen Bevölkerung? – Nebensache im konfrontativen US-Polittheater. In jüngsten UN-Umwelt- und Entwicklungsprogrammen für Kuba stimmten nur die USA dagegen, alle anderen 22 Staaten dafür.

Zugleich nutzt der Ölkonzern Exxon Mobile den von Trump aktivierten Absatz 3 des Helms-Burton-Gesetzes, um Kubas Ölunternehmen auf 288 Millionen US-Dollar Strafe zu verklagen, weil sie Gelände nutzen, das im Zuge der Revolution verstaatlicht worden war. Die USA waren damals das einzige Land, was jegliche Entschädigungsabkommen mit Kuba ablehnte.

Fadenscheinige Demokratiebestrebungen

Kürzlich hat der US-Journalist Tracey Eaton mit seinem *Cuba Money Project* die „Demokratie-Industrie“ aufgedeckt: Neben Regierungsgeldern geben zahlreiche US-Nichtregierungsorganisationen (NGOs) große Summen für subversive Aktivitäten gegen Kuba aus.

Die aggressivsten Hardliner im US-Kongress werden mit Härte und Schärfe gegen eine Annäherung vorgehen. Sie schrecken vor Lügen und Hetze nicht zurück. Sie sind direkt verbunden mit exilkubanischen Contra-Gruppen, US-Behörden wie OFAC, USAID, CIA, NED sowie antikommunistischen Stiftungen, Denkfabriken und deren Medienapparaten (*Office of Cuba Broadcasting, Fox News, etc.*). Sogar die Pandemie wird von diesen hasserfüllten Akteuren ausgenutzt, um die destruktiven und tödlichen Folgen der Blockade noch zu verschärfen. Damit soll die kubanische Regierung zu unpopulären Maßnahmen gezwungen, Frustration und Spaltung in der Bevölkerung angestachelt und das revolutionäre Kuba dämonisiert und Misstrauen gestreut werden.

Demgegenüber stärkte die Obama-Regierung im Zuge der Annäherungspolitik jene

gesellschaftlichen Kräfte in den USA, die die Blockadepolitik gegen Kuba für gescheitert ansehen. Dazu gehören Solidaritätsorganisationen und linke Bewegungen wie z.B. die *Latin America Working Group (LAWG)*, *Center for Democracy in America (CDA)*, *Pastors for Peace*, aber auch Unternehmensverbände, die sich von einer Annäherungspolitik neue Märkte und Profite versprechen. Inzwischen birgt dies politische Implikationen, weil neben westlichen Unternehmen zunehmend chinesische und russische Konkurrenten auftreten. Im US-Kongress gibt es wieder Versuche, entsprechende Gesetze einzubringen.



Zeichnung: Osvaldo Gutiérrez Gómez

Wandel durch Annäherung

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die von drei demokratischen Senatoren vorgelegte Gesetzesinitiative *Freedom to Export to Cuba Act*. Damit sollen Reisebeschränkungen für US-Bürger aufgehoben werden, die Geschäfte in und mit Kuba starten wollen. Senatorin Klobuchar: „Um aus der Pandemie herauszukommen, brauchen wir neue Märkte für unsere landwirtschaftlichen Produkte. Kuba ist mit elf Millionen Menschen ein großer Markt, mit Potenzial für Tourismus.“

Die Erwartung besteht darin, dass eine Aufhebung der Beschränkungen für den Handel mit Kubas aufkeimendem nicht-staatlichen Sektor und mit staatlichen Unternehmen dazu beitragen würde, Kubas Zivilgesellschaft zu stärken, den Kubanern humanitäre Hilfe zu leisten und es den US-Unternehmen ermöglichen, auf einem Markt zu konkurrieren, auf dem sie aufgrund der Nähe und der kulturellen Bindungen einen Wettbewerbsvorteil hätten. Hier wird die Gefahr der Annäherungspolitik á la USA deutlich. Bereits in der

Newsweek 1992 stand es klar: den „Kapitalismus und Materialismus wie einen Krankheitserreger hineinkriechen zu lassen.“

Daneben gibt es auch sehr engagierte linke und meist professionelle Organisationen in den USA, die mit ihrem Engagement Bausteine für eine mögliche alternative Politik gegenüber Kuba liefern. Dazu gehören das Frauennetzwerk *Code Pink* und die *Pastors for Peace*, die zahlreiche Bus- und Auto-Karawanen in den USA und von dort nach Kuba organisiert haben, teilweise unter Einsatz gewaltfreier Aktionen. Und vor Kurzem startete die kleine Gruppe NEMO (*No embargo on Cuba*), die in den USA binnen weniger Wochen mehr als 100 000 Unterstützer mobilisiert hat.

Oxfam publizierte kürzlich einen empirisch fundierten Bericht mit dem Titel „Recht auf Leben ohne Blockade: Die Auswirkungen der US-Sanktionen auf die kubanische Bevölkerung und das Leben der Frauen.“ Als Webinar mit dem Martin Luther King Memorial Center in Havanna und der Kubanischen Vereinigung der Vereinten Nationen lieferte er klare Fakten.

Polarisierte US-Politik

Trump und seine aggressive, reaktionäre Mannschaft haben die Polarisierung und den Rechtstrend in den USA forciert und damit auch die Stimmung für eine nationalistische, imperiale und rücksichtslose Politik gegen Kuba. Das zeigte jüngst eine Umfrage. Politikwissenschaftler interpretieren die Ergebnisse jedoch auch so, dass ein Präsident durchaus in der Lage sei, solche Stimmungen zu drehen, so wie es zuvor Obama gelungen war – gerade in Bezug auf Kuba, als eine Mehrheit der Gesamtbevölkerung und sogar der Exilkubaner eine Annäherung mit Kuba befürworteten.

Trotz aller Sanktionen und Subversionen: Die Geschichte seit 1959 beweist, dass selbst alle zwölf aufeinanderfolgenden Regierungen von Demokraten und Republikanern mit ihren Aggressionen gescheitert sind. Aber sie haben die Entwicklung Kubas stark behindert, immense Opfer gefordert und extrem hohe Zusatzkosten verursacht. Wird Biden seinen unnachgiebigen Kurs ändern? Dringend wäre es, bilaterale Verhandlungen wieder aufzunehmen über Flugverkehr, Schmuggel, Telekommunikation, Ein- und Auswanderungsfragen, Änderung der US-Blockadegesetze, Meeresschutz, Menschenrechte ...

Beim kalten Krieg der USA gegen Kuba geht es um Grundsätze, wie schon José Martí nach seinen US-Erfahrungen feststellte: „Die Nordamerikaner verlegen sich auf die Nützlichkeit des Gefühls. Wir verlegen uns auf das Gefühl der Nützlichkeit (...). Die amerikanischen Gesetze haben dem Norden ein hohes Maß an Wohlstand verliehen und ihm das höchste Maß an Korruption eingebracht. Verflucht sei der Wohlstand zu jedem Preis!“

Edgar Göll

Kampfzone Internet: Der Onlinekrieg gegen Kuba in den sozialen Medien

Immer schriller wird die Medienkampagne gegen Kuba vor allem in den sozialen Medien orchestriert: „Gern“ genommene Vorwürfe sind angebliche Verstöße gegen die Menschenrechte oder die Presse- und Meinungsfreiheit. Das in den USA geschriebene Drehbuch verfolgt dabei stets das Ziel, Kubas Gesellschaftsmodell zu diskreditieren und einen „weichen Putsch“ herbeizuführen. Die Künstlerszene Kubas gerät dabei in den Fokus.

Die Bewegung San Isidro

Zusätzlich zum US-Wirtschaftskrieg gegen Kuba verstärkt sich die medial-kulturelle Kriegsführung in Konzernmedien und sozialen Netzwerken im Internet. Das Budget aus US-Steuergeldern (siehe Revista S. 6) unterstützt eine beträchtliche Anzahl digitaler Medien, die Falschnachrichten über Kuba verbreiten, die die kubanische Realität manipulieren und verzerrten, um die Regierung zu schwächen und um Sanktionen, Restriktionen und eine mögliche militärische Intervention der USA in Kuba zu legitimieren. Die Politik des weichen Putsches gegen Kuba reicht Jahrzehnte zurück, hat aber dank der sozialen Netzwerke in den letzten Jahren ihren maximalen Ausdruck erreicht. Zur Erinnerung: Die Trump-Administration gründete 2018 eine Internet-Taskforce für Kuba, die indirekt zur *Special Activities Division* (SAD) der CIA gehört.

So werden die Profile kubanischer Künstler, Musiker, Intellektueller und Sportler, die die kubanische Revolution unterstützen oder sich für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kuba und den USA aussprechen, bei Facebook, Twitter und Co. zunehmend aggressiver mit Hass-Botschaften und Verleumdungen attackiert.

Vermeintliche Protestbewegungen wie das *Movimiento San Isidro* (MSI) oder *27 de Noviembre* (27N) würden ohne die in Washington konstruierten digitalen Subversionsprogramme nicht existieren: In jedem Land der Welt ist es ein Straftatbestand, Finanzmittel einer ausländischen Macht anzunehmen, um die Sicherheit und innere Ordnung des eigenen Landes zu untergraben. Im Falle Kubas fällt zusätzlich ins Gewicht, dass es sich durch die beständige Feindseligkeit und Subversion der USA in einem ständigen Kriegszustand befindet. Personen, die die geopolitischen Interessen der Vereinigten Staaten unterstützen, gelten als Söldner und ihre zersetzenden Aktivitäten werden durch Polizei und Justiz geahndet. Diese Vorgehensweise dient in den sozialen Medien jedoch als „Beweis“ für die Verletzung der Menschenrechte gegen Andersdenkende und „Regimekritiker“ in Kuba.

In den letzten Jahrzehnten entwickelten sich in Kuba viele soziokulturelle Initiativen in

Stadtteilen und Gemeinden, die oft von Künstlern, Musikern und Intellektuellen mit anerkanntem Prestige gestaltet werden. Unsere Organisation Cuba sí unterstützte immer wieder auch kommunale Projekte, z.B. *Almendares Vivo* in Havanna mit dem Liedermacher Gerardo Alfonso oder in Pinar del Rio *K.100* mit der Rockband Tendencia sowie das soziokulturelle Projekt *Patio Pelegrín*. Diese Projekte fördern die örtliche Kultur und das Zusammenleben der Gemeinde. In den durch ausländische Gelder geförderten Medienportalen ist darüber nichts zu erfahren.

Die Bewegung San Isidro entstand im Dezember 2018 angeblich als Protest gegen das Dekret 249. Hierbei handelt es sich um einen Gesetzesvorschlag zum Schutz von Kunst und Kultur. Ähnliche Bestimmungen gibt es auch in Deutschland. In der internationalen öffentlichen Meinung wurde er jedoch vor allem als Versuch des kubanischen Staates ausgelegt, seine Künstler und Intellektuellen zu kontrollieren.



Zeichnung: Martirena / Cuba

Gesetzentwurf 249 als Vorwand

Das Ungewöhnliche an dieser Debatte ist jedoch, dass das Dekret, obwohl es nicht in Kraft getreten ist, in den sozialen Netzwerken weiterhin als einer der Hauptgründe für die MSI-Proteste dargestellt wird. Die MSI-Aktivist*innen sind nahezu dieselben, die an einer Demonstration am 27. November 2020 (*Bewegung 27N*) vor dem kubanischen Kulturministerium teilnahmen. Die Bilder der Demonstranten wurden der Welt als Rebellion kubanischer Künstler und Intellektueller gegen die Regierung in Havanna verkauft und sollten den internationalen Protest gegen angebliche Verstöße gegen die künstlerische Freiheit schüren.

Daraufhin präsentierten der kubanische Journalist Humberto López und sein Team in den Hauptnachrichten im kubanischen Fernsehen eindeutige Beweise, die die Verbindungen der Sprecher von MSI und 27N mit US-Geheimdiensten aufzeigen. Finanzielle Unterstützung kommt dabei von Institutionen wie der *Cadal Foundation* (Zentrum für die Öffnung und Entwicklung Lateinamerikas), die einen

beträchtlichen Teil ihres Budgets von CIA-Filialen wie der *Atlas Foundation*, USAID, NED und der Fupad-Stiftung (Panamerikanische Stiftung für Entwicklung) erhält. Verantwortlich für die Sichtbarkeit in den Medien und sozialen Netzwerken sind u.a. Institutionen wie das *Institute for Peace and War Journalism*, die *Swedish Foundation for Human Rights*, und die Verlage *Ipermedia Publishing House* und *Distintas Latitudes*. Die rund 40 Agitatoren der Bewegungen MSI und 27N werden beständig in diesen Medien präsentiert, um der Welt den Eindruck zu vermitteln, dass die kubanische Jugend gegen das System rebelliere und die kubanische Gesellschaft am Rande einer sozialen Explosion stehe.

Von Kuba aus und nach Kuba hinein operiert eine beträchtliche Anzahl von Online-Medien wie *CiberCuba*, *ADN Cuba*, *Cubanos Por El Mundo*, *Cubonet*, *El Toque*, *Periodismo de Barrio*, *El Estornudo*, *Cubita Now*, die sich zwar als „unabhängige oder alternative Medien“ bezeichnen, deren führende Köpfe aber in Wahrheit allesamt im Ausland residieren und deren Organisationen von den Geheimdiensten der Vereinigten Staaten finanziert werden und damit eine antikubanische Agenda verfolgen.

All diese Beweise wurden im kubanischen Fernsehen dargelegt, ohne dass sie bis heute dementiert wurden. Die Enthüllungen sind auf Diskussionsplattformen wie u.a. *Razones de Cuba*, *La Pupila Insomne* und *Post Cuba* zu sehen.

Verständigung mit Biden?

Bisher deutet nichts darauf hin, dass der neue Präsident Biden die Politik gegenüber der Karibikinsel ändern würde. Aussagen während seines Wahlkampfes unterstreichen dies. Darin distanzierte er sich nicht wesentlich von den feindseligen Positionen, die traditionell sowohl von demokratischen als auch von republikanischen Kandidaten eingenommen werden. In einer Rede in Südflorida sagte er: „Kuba ist heute nicht näher an Freiheit und Demokratie als vor vier Jahren.“ Die Schlussfolgerung lautet also, dass auch für ihn das Ziel bestehen bleibt, die kubanische Revolution zu zerstören. Allein die Wahl der Mittel variiert.

Sollte er wirklich an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen interessiert sein, sollte er als erstes Kuba von der Liste der Länder streichen, von denen Washington behauptet, dass sie den Terrorismus fördern, alle drei Titel des Helms-Burton-Gesetzes aufheben und von der US-Politik abrücken, einen Regimewechsel in Havanna zu erreichen. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba ist und bleibt das Haupthindernis für eine nachhaltige Entwicklung der kubanischen Gesellschaft und für einen Prozess der Normalisierung der bilateralen Beziehungen.

Justo Cruz, Übersetzung Klaus E. Lehmann,
Bearbeitung Miriam Näther

#UnblockCuba – die internationale Solibewegung fordert das Ende der US-Blockade

Die internationale Kampagne #UnblockCuba startete im Oktober 2020. Ziel war es, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen die seit sechs Jahrzehnten andauernde Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba in den Blickpunkt von Gesellschaft und Medien zu bringen. Dass die Blockade auch nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba unter dem ehemaligen Präsidenten Obama fortbesteht und dass sie auch in die Interessen von Drittstaaten eingreift, ist vielen Menschen hierzulande kaum bekannt. Deshalb zielte die Kampagne auf Information und Aufklärung.

In Deutschland wurde #UnblockCuba von der Tageszeitung *junge Welt* initiiert und unterstützt durch ein breites Bündnis der Soli-

bewegung. Auch Cuba sí beteiligte sich an mehreren Aktionstagen. Die Hauptphase der Aktion von April bis Juni 2021 fand ihren Höhepunkt am 23. Juni 2021, als Kuba in der UN-Vollversammlung über seine Resolution für ein Ende der Blockade abstimmen ließ.

#UnblockCuba fordert ebenso einen Politikwechsel der europäischen Regierungen. Zwar stimmen sie regelmäßig für die Abschaffung der Blockade, doch in ihrer eigenen Politik gegenüber den USA ist dies kein Thema. Sie gehen nicht gegen die Blockadegesetze vor, die auch den Handlungsspielraum europäischer Unternehmen rechtswidrig einschränken. Kuba entstehen jährlich Milliardenverluste mit schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung.



Foto: screenshot Telesur, 23. Juni 2021

184 Ja-, 2 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Mehr als 100 internationale Kubasolidaritätsgruppen, Vereine, Verbände und Medien aus 27 Ländern beteiligten sich an #UnblockCuba, koordinierten gemeinsam die Aktionstage und die Öffentlichkeitsarbeit durch einheitliche Plakatmotive, die in unterschiedliche Sprachen übersetzt wurden. *mn*

Die Bundesregierung muss ihren Worten Taten folgen lassen!

Kundgebung von Cuba sí vor dem Berliner Reichstag mit Abgeordneten der Linksfraktion

Am 23. Juni 2021 berichtete Kuba in der Vollversammlung der Vereinten Nationen über die wirtschaftlichen und immateriellen Schäden, die die US-Blockade verursacht. Zum 29. Mal beantragte es eine Resolution, in der die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten für ein Ende der Blockade votierte. Auch die Bundesrepublik Deutschland stimmte dafür. In einer Kundgebung vor dem Bundestag forderte Cuba sí am darauffolgenden Tag, es nicht bei Lippenbekenntnissen zu belassen.

Unterstützung erhielten die Aktivisten von Cuba sí und anderen Berliner Solidaritätsgruppen von Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag. Jörg Cezanne, Sevim Dağdelen, Diether Dehm, Sylvia Gabelmann, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Jutta Krellmann, Eva-Maria Schreiber und Katrin Vogler versammelten sich vor dem Parlamentsgebäude und forderten von der Bundesregierung, sich in ihrer Politik aktiv für ein Ende der Blockade einzusetzen.

In ihrer Rede forderte Heike Hänsel ein Ende der extraterritorialen Anwendung der

Blockade auf Drittstaaten und damit die Einhaltung der bereits 1996 durch die Europäische Kommission beschlossene *Blocking Regulation*, nach der innerhalb der Europäischen Union europäisches Recht gilt und die Anwendung der Blockadegesetze durch die USA nicht gerechtfertigt ist.

Diether Dehm würdigte die großartigen Erfolge der kubanischen Impfstoffforschung unter den Erschwernissen der Blockade und die humanitäre Hilfe, die 38 kubanische Ärztbrigaden in aller Welt, auch in Italien, beim Kampf gegen die Pandemie leisteten. Beide unterstrichen die Forderung nach Verleihung des Friedensnobelpreises an die kubanische Medizinbrigade „Henry Reeve“.

Harsche Kritik übten die Redner an der hiesigen Medienblockade: Kaum ein Medium berichtet über die Forschungserfolge, die geleistete medizinische Hilfe in aller Welt geschweige denn, was es heißt, unter Blockadebedingungen eine gerechte, friedliche und alternative Gesellschaftsordnung zu entwickeln.

Andreas Nolte, Cuba sí-Regionalgruppe Braunschweig, hob die gemeinsamen Anstrengungen der Solibewegung hervor, Kuba im Kampf gegen die Pandemie solidarisch zur Seite zu stehen. Dieses Engagement müsse wie die fortgesetzte Aufklärung über die Auswirkungen der Blockade und der Kampf für ihre Abschaffung weiterhin Mittelpunkt der gemeinsamen Aktivitäten und Kampagnen sein.

Miriam Näther

Embargo oder Blockade?

„Zunächst möchte ich klarstellen, dass im Spanischen etymologische Unterschiede zwischen den Begriffen Embargo und Blockade bestehen. Ein Embargo ist ein von einer Regierung verhängtes Verbot von Handel und Transport, wohingegen eine Blockade mit einer Belagerung, Behinderung und Umzingelung bezeichnet wird.“

Das Wort Embargo soll die Realität verschleiern und den Anschein erwecken, dass es sich hier um eine Angelegenheit zwischen zwei Nationen handelt, jedoch sind die Gesetze und Aktionen der US-Regierung extraterritorial. Sie üben Druck aus, sie bedrohen Regierungen, Geschäftsleute und Banken, sie wenden wirtschaftliche und politische Sanktionen an, sie machen Hilfe und Zugriff auf finanzielle Ressourcen für andere Länder davon abhängig, ob diese irgendwelche Geschäftsbeziehungen mit unserem Land unterhalten. Deshalb sprechen wir stets von einer Blockade.

Das erklärte Ziel der Blockade gegen Kuba ist es, das karibische Land zu ersticken und seine Bevölkerung hungern zu lassen. Das Land dichtzumachen, zu blockieren, zu behindern und zu schikanieren. Das war schon immer das Ziel und ist es auch heute noch.“

Daniilo Alonso Mederos, kubanischer Botschafter in der Tschechischen Republik
Quelle: www.pressenza.com/de, 22. 5. 2021



24. 6. 2021, Reichstag: Abgeordnete der Linksfraktion unterstützten die Cuba sí-Kundgebung

DIE LINKE bleibt ein verlässlicher Partner für Kuba

Die 2. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE fand als Wahlprogrammparteitag am 19. und 20. Juni 2021 in digitaler Form statt. Die AG Cuba sí hatte 3 Änderungsanträge eingereicht, um Kuba und dabei vor allem das Thema der US-Blockade im Wahlprogramm zu verankern. Denn wir wissen: viele Mitglieder unserer Partei engagieren sich in der solidarischen Unterstützung für Kuba im Streben um seine selbstbestimmte Entwicklung. Die eingereichte Anzahl an Änderungsanträgen machte Absprachen und Einigungen über die Berücksichtigung der Anträge nötig. Dazu trafen sich Vertreter der Antragskommission und der Antragsteller (virtuell) im Vorfeld. Unser Koordinator Steffen vertrat Cuba sí und konnte erreichen, dass alle Anliegen unserer Anträge berücksichtigt und damit Bestandteil des Wahlprogramms wurden. So steht jetzt im Programm unserer Partei die Forderung an die Bundesregierung, den Worten der jährlichen Verurteilung der Blockade gegen Kuba endlich Taten folgen zu lassen und Unternehmen vor den Sanktionen der USA zu schützen. Ebenso unterstützt DIE LINKE den Vorschlag, den kubanischen Ärztemissionen den Friedensno-

belpreis zu verleihen und fordert die Wiederaufnahme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba.

Der von Cuba sí eingereichte Antrag „Solidarität mit dem sozialistischen Kuba“ konnte aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden und wurde in den Bundesausschuss überwiesen.

Es gab eine sachliche Generaldebatte zu sieben benannten Themenfeldern des Wahlprogramms. Das Thema „Frieden und internationale Politik“ fand sich leider erst auf Position 6, hatte aber die meisten Anmeldungen für Redebeiträge. Das ist also offensichtlich ein wichtiges Thema für die Mitglieder unserer Partei. Das Bekenntnis zu den friedenspolitischen Grundsätzen der Partei und damit zum Erfurter Programm war unumstritten.

Das Wahlprogramm wurde mit mehr als 87 Prozent angenommen. Die Partei ist bereit, geschlossen und mit aller Kraft einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, denn DIE LINKE wird in diesem Land für eine demokratische und gerechte Gesellschaft gebraucht.

*Claudia Gerathewohl
Delegierte von Cuba sí*

Kuba im Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE

● „Wirtschaftssanktionen treffen vor allem die einfache Bevölkerung und müssen beendet werden. Erst recht müssen unilaterale Sanktionen der USA und EU gegen Iran, Syrien, Nordkorea, Venezuela, Nicaragua, Kuba und Russland gestoppt werden, denn sie sind völkerrechtswidrig. Im Fall des sozialistischen Kubas ist ein ganzes Land in seiner wirtschaftlichen Entwicklung blockiert. Die Bundesregierung stimmt regelmäßig in der UN gegen die US-Blockade. Daher fordern wir von einer neuen Bundesregierung, dass sie endlich ihren Worten Taten folgen lässt und die von den extraterritorialen Sanktionen betroffenen deutschen und europäischen Unternehmen gemäß der EU-Blocking-Regulation von 1996 schützt. DIE LINKE unterstützt den Vorschlag, den kubanischen Ärztemissionen den Friedensnobelpreis zu verleihen. Sie haben in bislang 40 Ländern 260 000 Patientinnen und Patienten behandelt und die medizinische Versorgung der Bevölkerung in armen Ländern gewährleistet – auch gegen Corona- und noch viel gefährlichere Viren.“

● „Wir kritisieren die Einstellung der developmentpolitischen Kooperation mit Kuba und setzen uns für eine Wiederaufnahme ein.“



Stilles Gedenken an Rosa und Karl

Am 14. März 2021 rief die Partei DIE LINKE zum Stillen Gedenken auf, um 102 Jahre nach ihrer Ermordung Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu ehren. Ehrensache, dass sich auch die AG Cuba sí daran beteiligte. Die sozialen Fragen des 20. Jahrhunderts sind heute noch immer brandaktuell. Die Compañeras und Compañeros von Cuba sí forderten an dem Tag im Rahmen von #UnblockCuba das Ende der US-Blockade gegen Kuba. Seit fast 60 Jahren haben die USA eine Wirtschafts-

Handels- und Finanzblockade gegen Kuba verhängt. Unter der Trump-Administration wurden die Blockademaßnahmen massiv verschärft. Das ging sogar soweit, dass Kuba inmitten der Corona-Pandemie die Einfuhr von Masken, Beatmungsgeräten, Schutzkleidung und Test-Sets verunmöglicht wurde. In der Politik des neuen US-Präsidenten Joseph Biden gegenüber Kuba zeichnet sich noch keine Lockerung ab. Von einer Rückkehr zu einer Normalisierung der Beziehungen wie unter Barack Obama war noch keine Rede.

Kuba durchlebt indes die schwerste Krise seit der „Spezialperiode in Friedenszeiten“ der 1990er Jahre. Durch die Auswirkungen der Pandemie auf den Welthandel, das Erliegen des Tourismus und vor allem die verschärfte US-Blockade kam es zu einem Einbruch der kubanischen Wirtschaftsleistung um 11 Prozent. Die Versorgungslage ist angespannt. Umso wichtiger ist deshalb die internationale Solidarität mit Kuba und eine breite öffentliche Aufmerksamkeit.

Miriam Näther, Foto: Matthias Gutsch

Kuba könnte seine Bevölkerung mit einem eigenen Vakzin impfen

Wie kann das kleine Kuba mit 11 Millionen Einwohnern, das der Wirtschaftsblockade der USA unterworfen ist, fünf Impfstoffe gegen COVID-19 entwickeln? Multinationale Pharmariesen profitieren von Zuschüssen in Millionenhöhe, Haushaltsgelder der USA und EU fließen in Forschungszentren und Universitäten, lukrative Vorkaufsverträge sichern die Einnahmen der Biotech-Konzerne. Auf diese gigantische Maschinerie kann Kuba nicht zählen.

Fragt man jedoch Wissenschaftler der internationalen Forschungsgemeinschaft, zeigen diese sich wenig überrascht: „Das Zentrum für Genetische und Biotechnologische Forschung (CIGB) und das Institut Finlay (IF) für Impfstoffe in Kuba sind absolut fähig, wirksame Impfstoffe zu entwickeln“, versichert Vicente Larraga, Parasitologe am Biologischen For-

schungszentrum Margarita Salas des Obersten Rats für wissenschaftliche Forschung (CIB-CSIC) in Madrid.

Auch die renommierte britische Zeitschrift *The Lancet* unterstreicht, dass „Kuba eine integrale und universelle medizinische Versorgung besitzt mit einer der besten Kennziffern der Welt bei der Gesundheitsversorgung.“ Bereits Ende der 1980er Jahre entwickelte die staatliche Unternehmensgruppe BioCubaFarma den ersten Impfstoff der Welt gegen Meningokokken B. Heute produziert das Unternehmen acht der zehn im Land verwendeten Impfstoffe und stellt für andere Länder Millionen Impfdosen her.

In den 1980er Jahren ließ Fidel Castro den Forschungs- und Produktionskomplex gründen, um angesichts der US-Blockade eine

zen wir das Antigen aus einer Hefe (*Pichia pastoris*). Sie besitzt besondere immungenetische Eigenschaften. Wir testen auch die Kombination Soberana Plus und Mambisa. Dies ist ein Nasenspray, das bei Genesenen die Immunität erhöhen und eine Neuinfektion vermeiden soll, also bedeutsam angesichts der Virusmutationen. Die klinischen Evaluierungen laufen, die Teilergebnisse sind sehr gut.

● Für die Impfstoffherstellung sind ca. 200 Komponenten nötig, was auf einen hohen Grad der globalen Verflechtung schließen lässt. Wie schafft es Kuba mit seiner geographischen Situation als Insel und unter der Blockadepolitik, an alle diese Komponenten heranzukommen?

Wir arbeiten intensiv daran, immer mehr Souveränität zu erlangen und weniger stark vom Import dieser Komponenten abhängig zu sein. Denn die Blockade beeinträchtigt nicht nur Lieferzeit und Verfügbarkeit, sondern verteuert die Ressourcen erheblich. Darin liegt auch ein Grund, dass wir an mehreren Impfstoffvarianten arbeiten. Es gibt unterschiedliche Prozesse; erweist sich ein Weg als zu schwierig, haben wir einen anderen. (...)

● Spätestens im August sollen genug Dosen produziert werden, um die gesamte kubanische Bevölkerung zu immunisieren.

Das Gesundheitsministerium bereitet eine Strategie für die Impfung vor. Basierend auf unserem Zeitplan der Impfstoff-Bereitstellung wird in diesem Jahr die ganze Bevölkerung immunisiert sein. Im August sind dies annähernd 70 Prozent der Bevölkerung. Kuba wird eines der ersten Länder der Welt sein, das seine gesamte Bevölkerung geimpft hat und wahrscheinlich das erste, das dies mit eigenen Impfstoffen tut.

● Wird die COVID-19-Impfung eine weitere Dienstleistung im Gesundheitstourismus werden?

Es gibt zahlreiche Interessensbündelungen aus verschiedenen Ländern. Ich gehe deshalb davon aus, dass die zuständige Behörde die COVID-Impfung in ihren Leistungskatalog aufnimmt.

● Warum wurden eigene kubanische Impfstoffe entwickelt? Kuba hat gute Beziehungen zu Russland und China, wo man ebenfalls eigene Impfstoffe produziert. Der Bezug dieser Vakzine wäre doch auch möglich gewesen?

Wir haben eine mehr als 30-jährige Erfahrung in der Entwicklung und Produktion von Impfstoffen. Acht Vakzine produzieren wir selbst, die im nationalen Immunisierungsprogramm eingesetzt werden. Unsere Impfstoffe sind in vielen Teilen der Welt bekannt und werden eingesetzt. Wir verfügen über Zertifikate lokaler Regierungsbehörden und der WHO. Von Anfang an wussten wir, dass wir unsere eigenen COVID-19-Impfstoffe entwickeln können. Außerdem lag es auf der Hand, dass es nicht ausreichend Vorräte geben und damit die Preise sehr hoch sein würden. Insofern hat Kuba alles richtig gemacht. Und wir können andere Länder unterstützen.

● Es gibt international eine lebhaft debattierte Frage darüber, ob die Patente für COVID-19-Impfstoffe freigegeben werden sollten, zumindest in diesen ersten Jahren des Notstands.

Als kubanischer Wissenschaftler meine ich, dass die Ergebnisse der Wissenschaft Welterbe der Menschheit sein sollten. So funktioniert es jedoch nicht in dieser Welt. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Entdeckungen werden zum Patent angemeldet und die Besitzer erzielen damit große



Foto: Abel Padrón Padilla / Cubadebate

Havanna, 5. 7. 2021: Testreihe 1 der Phase III der klinischen Studien zu Soberana 02 endet.

Selbstversorgung in diesem Sektor zu ermöglichen. Heute besteht BioCubaFarma aus 32 Einrichtungen, die Forschung, Entwicklung, Produktion und Kommerzialisierung sowohl für den biomedizinischen als auch den Agrarbereich abdecken und finanziert sich selbst.

Über die Entwicklung kubanischer COVID-19-Impfstoffe interviewte Pascual Serrano vom russischen Nachrichtenportal *Sputnik-news* den Präsidenten von BioCubaFarma, Dr. Eduardo Martínez Díaz:

Gewinne aus dem Monopol für den Verkauf der Produkte und der Technologie, die sie damit entwickeln. Ich bin der Ansicht, dass alle Länder stärker zusammenarbeiten müssten, um gemeinsam gegen diese Pandemie zu kämpfen. Kuba tut es und ist bereit, dies auch in Zukunft zu tun.

● Ist vorgesehen, eine Zulassung eines oder mehrerer Impfstoffe von BioCubaFarma in anderen Ländern zu beantragen, um diese dort zu kommerzialisieren?

Uns liegen Anfragen aus mehr als 40 Ländern vor. Viele dieser Länder setzen bereits unsere Impfstoffe gegen andere Erkrankungen ein. Wir arbeiten mit befreundeten Ländern zusammen. Das beinhaltet den Direktverkauf, aber auch die Kooperation in der Produktion.

● Was die Verteilung der Impfstoffe betrifft, so werden Ländern wie Russland und China geopolitische Motive unterstellt, dass die Bürger der EU Zugang zu ihren beiden Impfstoffen erhalten könnten.

Angesichts der Pandemiesituation, die sich der Menschheit gegenwärtig darstellt, sollten eigentlich alle Absichten hinter die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf gegen diese Krankheit zurücktreten. (...) Es muss eine Ausgewogenheit erzielt werden, um der Weltbevölkerung den Zugang zu Impfstoffen zu ermöglichen.

Übersetzung: Angelika Becker, Bearbeitung: Angelika Becker und Miriam Näther

Quelle: <https://mundo.sputniknews.com/20210517/cuba-sera-posible-impfarse-el-primer-pais-en-vacunar-a-toda-su-poblacion-con-una-vacuna-propia-1112252340.html>

Gemeinsame Initiative der Soligruppen

Frühjahr 2020. Ein Virus bedroht die Menschheit, die Pandemie-Lage wird ausgerufen, UNO, Weltgesundheitsorganisation, Hilfsorganisationen allerorten rufen zur Solidarität, zum gemeinsamen Kampf gegen die Seuche, zur Aussetzung aller Kampfhandlungen und Konflikte auf. In einer kapitalistischen Welt ein hoffnungsloses Unterfangen. Die Verteilungskämpfe beginnen, begleitet von Sonntagsreden, Fehlinformationen, Medienspektakel. Ein Altraum.

Ein Laptop wird gestartet. Dokumente/ Cuba si/Medizin/Covid/ ... Unterordner, Excel-Tabellen, Internet-Recherchen, Dokumentationen, Angebote, Rechnungen, E-Mail-Verkehr ... (Noch ein Altraum). Natürlich ist das kleine, ökonomisch schwache, dem Imperium sich widersetzende und darum brutal blockierte Kuba auf der Verliererseite und braucht in dieser weltweiten Katastrophenlage unsere besondere Unterstützung.

Netzwerk Cuba überweist Geld, 70 000 Euro, aber inzwischen hat eine US-Firma den einzigen in der Schweiz angesiedelten Lieferanten von Beatmungsgeräten geschluckt. In der ganzen Welt wird die Produktion dieser Geräte angekurbelt mit staatlichen Aufträgen, Subventionen und mit Dekreten, die aus der Kriegszeit stammen. Ausgesonderte Maschinen werden aus den Lagern geholt und reaktiviert. Vereinzelt werden Exportsperrern verhängt. Die Preise steigen. Kapitalismus eben.

Geld reicht also nicht. Finanziert von der DKP und der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. organisiert Cuba sí die Beschaffung von zwei gebrauchten Intensivbeatmungsgeräten (23 000 Euro) und deren Lufttransport nach Kuba am 8. Juli 2020.

Zuvor hatten wir von Cuba sí im Mai 2020 einen noch vor der Pandemiezeit vorbereiteten Container mit 20 Krankenhausbetten, diverser Medizintechnik und Verbrauchsmaterialien (Wert 130 000 Euro) noch um 1 300 FFP-2-Masken ergänzt und auf die Reise geschickt. Obwohl zu dieser Zeit diese Masken bereits in Baumärkten angeboten wurden, standen sie noch auf einer EU-weiten Ausfuhrverbotsliste und bedurften einer gesonderten Ausfuhrgenehmigung. Auch die ca. 1 300 Klinik-Bekleidungsstücke (Kittel, Hosen, Kasacks, usw.) erregten beim Zoll den Verdacht, es handle sich um ausfuhrverbotene Schutzkleidung! Gerechterweise muss gesagt werden, dass die Verantwortlichen im Ausfuhramt sehr kooperativ waren und nach einigen Telefonaten und einigen Aktionen auf bislang unbekanntem Internetseiten konnte der Container mit einer Woche Verspätung passieren.

Zu dieser Zeit ist die Pandemie auf der Insel noch gut unter Kontrolle, dank der Erfahrun-

gen aus der Bekämpfung von Dengue-Fieber und Zika, dank konsequenter Nachverfolgung und Isolierung, einheitlicher Behandlungsrichtlinien, dank ständiger Information und Aufklärung in allen Medien, dank harter innerer Blockaden des Tourismus und des inländischen Verkehrs. *Salvar vidas* – Leben retten – dem ist alles untergeordnet. Jeden Abend sitzt der Chef-Epidemiologe des Gesundheitsministeriums Dr. Durán vor der Kamera, berichtet über die regionale, nationale und internationale Statistik und stellt, anonymisiert, die Behandlungsverläufe der wenigen verstorbenen COVID-Patienten dar – verbunden mit seiner Kondolenz gegenüber den Familien und Freunden. Zu dieser Zeit diskutiert man in Deutschland noch über Sinn oder Unsinn der Masken und ob dieses Virus wirklich so gefährlich ist, sorgt sich die Regierung um die Wirtschaft, um die Störung unseres schönen Lebens, um die Belastbarkeit des Gesundheitswesens. Dass da Leute sterben, kommt an letzter Stelle und löst sogar Diskussionen über die Todesursachen aus. Zynismus.



Foto: ACPA Guantánamo

10. Februar 2021, Guantánamo.

Der Container ist da: Das Krankenhaus „Agostinho Neto“ erhält Betten, Medizintechnik, Verbrauchsmaterial, Masken, Bekleidung.

Kuba schickt Tausende Pflegekräfte und Ärzte in die Welt, um den Kampf gegen COVID-19 zu unterstützen. Im Lande selbst schwinden die materiellen Ressourcen. Vor allem medizinisches Verbrauchsmaterial wird dringend benötigt und eine Liste mit über 40 Positionen benötigten Materials erreicht im Sommer die Soli-Organisationen.

Es geht um einfache Dinge wie Gummihandschuhe, Nahtmaterial, Spritzen, Kanülen, Verbandsmaterial, Infusionssysteme – aber auch um Zubehör für Dialyse-Maschinen, für Blutübertragungen, Materialien für Laboruntersuchungen u.v.a.m. Cuba sí und Netzwerk Cuba sammeln Sachspenden und stellen nochmals 35 000 Euro zur Verfügung.

Die Beschaffung ist schwierig. Industrie und Handel sind auf die erhöhte Nachfrage

nicht eingestellt. Selbst bestimmte Handschuhgrößen und Labormaterialien sind nicht verfügbar. Wochenlange Lieferfristen, Stornierungen, Anbieterwechsel, ungünstigere Preise behindern die Aktion.

Das kubanische Gesundheitssystem ist bekanntermaßen gut organisiert. Es gibt für die Dialyse (Blutwäsche) ein einheitliches System auf der ganzen Insel. Das scheint zunächst ein Vorteil zu sein – ist es aber nicht, weil ein Eindringen in die nationalen und internationalen Lieferketten des Herstellers unmöglich ist. *Gracias a Dios*, wie die Kubaner würden, finden sich verwendbare Systeme bei den „freundlichen Mitbewerbern“, bei der Konkurrenz.

Es gibt auch Erfreuliches: Einige Firmen gewähren Rabatte, eine Nahtmaterialfirma aus dem Vogtland spendet zusätzliches Material.

Nicht alle Wünsche der Bedarfsliste können erfüllt werden und am Ende verschiebt sich die Beladung des großen 40-Fuß-Containers von November bis auf Ostern – Corona!

Als „Zugabe“ gehen 100 Fahrräder für die Mitarbeiter des Instituto Finlay, die Entwickler der Impfstoffe Soberana 02 und Soberana Plus, und vier Neugeborenen-Inkubatoren zur Verfügung des Ministeriums auf die Reise und im allerletzten Moment gelingt uns noch ein Schnäppchen bei unserem chinesischen Lager-Nachbarn: 16 000 Masken. Kurz zuvor erworbene 100 000 Kanülen passen gerade noch hinein.

Damit sind wir bei unserer aktuellen Aufgabe, der Unterstützung der Impfkampagne. Soeben wurde die Zulassung des führenden der fünf Impfstoffkandidaten Abdala nach Abschluss der Testphasen bekannt gegeben. Er ist der viertbeste Impfstoff der Weltrangliste mit einer Effektivität von über 92 Prozent. Die Effektivität der Kombination von Soberana 02 und Soberana Plus liegt im selben Bereich. Diese Zulassung dürfte binnen kurzem zu erwarten sein. Kuba, dieses kleine arme Land, etabliert sich in der Spitzengruppe, wo große und hochsubventionierte internationale Konzerne versagen! Ohne die schnelle und wirksame Solidarität an dieser Stelle wird Kuba seine Ziele nicht erreichen können. Neben Spezialartikeln für die Impfstoffproduktion benötigen sie am Ende natürlich Kanülen und spezielle Präzisionspritzen. Die sind, wie könnte es anders sein, in der ganzen Welt nachgefragt mit der Folge leerer Märkte, ewiger Lieferfristen, schier sittenwidriger Preise. Kapitalismus eben. Cuba sí beteiligt sich bisher an dieser Aktion mit 50 000 Euro und wird demnächst eine weitere Spendenkampagne zum Ankauf von Spritzen und Nadeln beginnen.

**¡Viva la Revolución cubana!
¡Unidos venceremos!**

Rainer Lindemann,
für den AK Gesundheitswesen

„Die Produktion von Kaninchenfleisch ist unabhängig von kostspieligen Importen.“

In der Provinz Mayabeque setzt Cuba sí 2021 ein Projekt zur Kaninchenzucht um. Eine intensivierte Kleintierzucht soll die Selbstversorgung der kubanischen Bevölkerung mit Lebensmitteln ausdehnen. Ein Gespräch mit Nelson González, dem ACPA-Präsidenten in der Provinz Mayabeque und Leiter des Cuba sí-Projekts.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas vom 16. bis 19. April 2021 bestätigte die Priorität, die der kubanische Staat der Selbstversorgung seiner Bevölkerung mit Nahrungsmitteln beimisst. Bereits in den Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik und im Nationalplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Kubas bis zum Jahr 2030 wird der Agrar- und Ernährungssektor als strategische Achse für die Entwicklung der Nation und das Wohlergehen des Volkes betrachtet.

Cuba sí unterstützt Kuba, die Strukturen für eine territoriale, institutionelle und familiäre Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu verbessern und die in der Region vorhandenen Ressourcen zu nutzen. 2021 entwickeln wir deshalb mit unserer Partnerorganisation ACPA (Kubanische Vereinigung für Tierproduktion) gezielt ein punktuell Projekt in der Provinz Mayabeque zur Erweiterung der Kaninchenzucht. Das Projekt begünstigt 2472 Menschen und ihre Familien, die in drei ausgewählten Viehzuchtbetrieben arbeiten.

● *Cuba sí: Nelson, das Projekt hat das Ziel, die ausgesuchten Viehzuchtbetriebe mit den notwendigen Mitteln für die Kaninchenzucht auszustatten. Warum ist die Kaninchenzucht so vielversprechend?*

Nelson: Die Kaninchenzucht ist von Importen unabhängig und birgt ein hohes Potenzial bei der Nutzung lokaler Ressourcen. Das Projekt ermöglicht den Kauf von Käfigen für die Viehzuchtbetriebe Valle del Perú, Este und El Cangre. Dort soll die Zucht etabliert werden, um den von der Staatsführung formulierten Anforderungen Rechnung zu tragen. Die Beschaffung von Käfigen stellt das Haupthindernis für die Entwicklung der Kaninchenzucht in unserem Land dar.

● *Die Kaninchenzucht ermöglicht zugleich eine Diversifizierung der Lebensmittelproduktion, was ebenfalls eine Anforderung an den Agrarsektor ist?*

Das stimmt. Das erzeugte Kaninchenfleisch ist eine weitere Proteinquelle für die Arbeiter und ihre Familien für den Verzehr im Betrieb und zu Hause. Die Zucht ist ein Beitrag zur lokalen Entwicklung und trägt zum Programm

der Erwirtschaftung von 5 kg Kleinvieh bei (siehe Revista 1/2021).

● *Was konkret ist vorgesehen? In welcher Größenordnung ist das Projekt angelegt?*

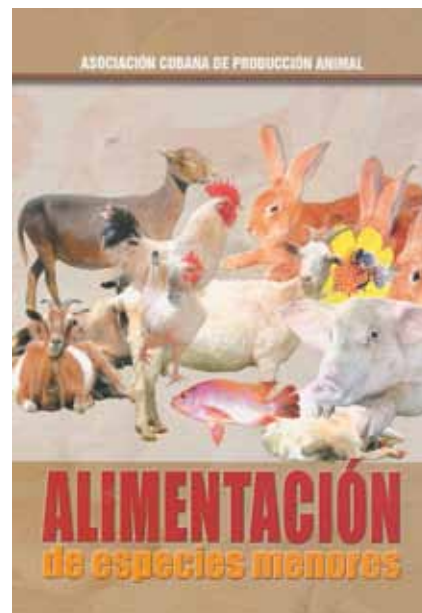
Im Betrieb Valle del Perú installieren wir neben den Käfigen eine Futtermühle. Ein Pelletierer wird in Valle del Perú und Este eingesetzt, um proteinreiche Futtergräser und Ernterückstände aus lokalen Ressourcen zu verarbeiten. Das senkt die Produktionskosten erheblich und ist nachhaltig. Der Betrieb wird zudem Dienstleistungen anbieten für andere Erzeuger, die ebenfalls die Kaninchenzucht entwickeln. Wir starten mit 400 weiblichen Kaninchen, aufgeteilt auf die drei Betriebe. Angestrebt werden bis zu fünf Würfe im Jahr mit mindestens 20 Nachkommen pro Tier. Geeignete weibliche Nachkommen werden in die Zucht eingegliedert, männliche Nachkommen verkauft. Auf Basis der durch das Projekt erworbenen Käfige können wir jährlich 14 400 kg Kaninchenfleisch produzieren, wobei dies eine eher konservative Schätzung ist. Wir sind sicher, dass die Produktion höher sein kann.

● *Was die Fütterung aus lokalen Ressourcen betrifft, so hast Du im Vorfeld ernährungsphysiologische Untersuchungen mit einem Forschungslabor angestellt.*

Ja, mit sehr vielversprechenden Aussichten: Unsere Futteralternative enthält einheimisches Kraftfutter aus Palmfruchtmehl, Blattmehl von Leguminosen (*Gliricidia sepium*) und 1 % Salz, je nach Verfügbarkeit auch frisches Schnittfutter. Die Verdaulichkeit ist nicht verändert. Wir sind der Meinung, dass dieses Futter bis zu 19 g Zuwachs pro Kaninchen und Tag ermöglicht. Das ist rentabel auch für kleine und mittlere Erzeuger. Die verschiedenen Palmenarten in Kuba bilden die Grundlage. Von den ca. 15 Millionen Palmen im Land blühen 85 % und tragen Früchte. Dieses sog. Palmiche erbringt damit zwischen 40 und 60 kg je Palme pro Jahr.

● *Was macht das Palmiche so besonders?*

Palmiche ist eine Frucht mit hohem Nährwert. Für die Verwendung im Tierfutter muss es gemahlen werden. Eine Königspalme, die 50 kg Früchte pro Jahr produziert, ermöglicht es, elf Kaninchen mit einem Futter auf 30 % Palmiche-Basis zu mästen. Der Magen-Darm-Trakt des Kaninchens ist einer der geeignetsten für die Verdauung von Palmiche. Es wurde nachgewiesen, dass sie ernährungsphysiologisch sehr gut auf eine Fütterung ansprechen, die zwischen 10 und 15 % Lipide (30 % Pal-



Cuba sí und ACPA präsentierten gemeinsam 2013 auf der Buchmesse in Havanna ein Lehrbuch zur Kleintierzucht. Es wurde von kubanischen Fachleuten erarbeitet. Cuba sí finanzierte den Druck von 2000 Exemplaren.

miche in der Nahrung liefern 7,5 % Lipide) enthält. Sie benötigen mindestens 13 % Rohfasern, um ein übermäßiges Zahnwachstum zu vermeiden. 30 % Palmiche in der Nahrung liefern bereits 8,04 % Rohfaser, Palmiche-Mehl enthält 26,8 % Rohfaser.

● *Palmiche ist nicht nur lokal verfügbar, sondern auch kosteneffizient?*

Der wirtschaftliche Faktor spricht für sich: Eine Palme beginnt ab einem Alter von sechs Jahren, Palmiche zu produzieren, abhängig von Bodenfruchtbarkeit, Niederschlag oder Bewässerung, und wird zwischen 40 und 100 Jahre alt. In Guantánamo, Las Villas und Havanna kostet eine Tonne reifes Palmiche 300, 352 und 440 CUP, in gleicher Reihenfolge der Nennungen, d.h. es ist im Vergleich zu Mais die billigste Energiequelle für den tierischen Verbrauch im Land. Eine Tonne Mais kostet im Vergleich ca. 250 US-Dollar (ca. 6250 CUP).

Miriam Näther

Metzgerei Mayabeque

In unserem Projekt Mayabeque wurde unter Federführung der Cuba sí-Gruppen aus Thüringen 2012 eine Metzgerei eingerichtet. Sie gehört zum staatlichen Betrieb Valle del Perú. Mit der umfangreichen Ausrüstung wurden die hygienischen Bedingungen verbessert, die Produktion erweitert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Um die Arbeitsbedingungen kontinuierlich zu verbessern, werden weitere Maschinen und Arbeitsmittel gekauft. Dazu gehören Schürzen, Kettenhandschuhe, Wetzstahl, Spezialmesser, Arbeitstische sowie je eine Fleisch-Misch- und Vakuummachine. Die Ausrüstung hat einen Wert von 20 000 Euro, wovon die Hälfte die LAG Cuba sí Thüringen finanzieren wird.

● Regionalgruppe Potsdam

Neustart mit alten Freunden

Auch wenn die Corona-Pandemie die politische Arbeit der im Oktober 2019 gegründeten Potsdamer Regionalgruppe von Cuba sí beeinflusste, so blieben wir doch nicht untätig und versuchten, vor allem im Kontext der Kampagne #UnblockCuba einige Aktionen durchzuführen. Das in Potsdam Solidaritätsarbeit zu Kuba geleistet wird, ist nicht neu. Schon immer gab es besonders im Umfeld vom Fußballverein Babelsberg 03 verschiedene Öffentlichkeits- und Sammelaktionen. Die Fans und der Verein selbst unterstützten über viele Jahre den Fußballverein Mantua 62 aus der Provinz Pinar del Río sowie die Großprojekte von Cuba sí. Es fehlte jedoch eine offizielle Struktur von Cuba sí in Potsdam und so erfolgte schließlich die Gründung einer Regionalgruppe mit „alten“ und „neuen“ jungen engagierten Personen.

Viele Mitglieder der Regionalgruppe kennen Kuba bereits von ihren Reisen. Die politische, soziale und ökonomische Situation, im Speziellen jedoch die permanenten Angriffe auf das Land und seine Menschen, führ-

ten zu der Erkenntnis, dass Öffentlichkeitsarbeit sowie politische und materielle Solidarität wichtig sind. Wir haben uns dazu regelmäßig getroffen und wollen dies nach der Corona-Pandemie wiederbeleben. Als lokalen Partner haben wir unter anderem den Potsdamer Lateinamerika-Arbeitskreis „tierra unida“, mit dem wir unter anderem einen gemeinsamen Aufruf zur Unterstützung der Kampagne #UnblockCuba in diversen Medien und Netzwerken wie dem Mitgliederrundbrief von VENROB e.V., dem Netzwerk developmentspolitischer Gruppen, Initiativen und Vereine aus dem Land Brandenburg, aber auch bei Babelsberg 03 veröffentlichten.

Selbstverständlich hatten wir mit der Partei DIE LINKE und ihrer Monatszeitung *Potsdams andere Seiten* ebenso Möglichkeiten, unsere Arbeit vorzustellen und Initiative für Kuba zu ergreifen. Durch den engen Kontakt zu Babelsberg 03 können wir im Stadion regelmäßig Informationsstände betreiben. Genau dies wollen wir auch wieder organisieren, wenn Feste und Veranstaltungen möglich sind. Doch wir



Foto: Cuba sí Potsdam

wollen nicht nur in den potenziell aufgeklärten und politisch linken Kreisen bleiben, denn im Zuge des Höhepunktes der #UnblockCuba-Kampagne im Mai und Juni haben wir in den Potsdamer Stadtteilen eine Plakataktion durchgeführt und an viel frequentierten öffentlichen Stellen plakatierte Pappen befestigt. Unser Ziel ist, weitere Potsdamer Bürger für Kuba und die Solidaritätsarbeit zu sensibilisieren.

Christian Raschke

● Regionalgruppe Wartburgregion

Aktive Solidarität mit Kuba



Foto: Cuba sí Wartburgregion

Bad Salzungen. Mitglieder der Cuba sí-Regionalgruppe Wartburgregion erinnerten am 29. Mai 2021 im Bereich des Nieder-

born im Rahmen der internationalen Protestaktion #UnblockCuba an die fast 60-jährige Blockadepolitik der USA gegenüber Kuba.

Im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung der UNO-Vollversammlung zur Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade solidarisierten sich zahlreiche Bürger in persönlichen Gesprächen und einer Resolution, damit die Mitgliedsstaaten der EU gegen die Blockadepolitik stimmen. Sowohl einheimische Bürger als auch Gäste aus Nah und Fern äußerten sich, dass diese Situation unerträglich sei. Der gebürtige Rostocker Jürgen Böttcher, der bereits mehrfach in der Kurstadt Bad Salzungen zu Gast war, meinte: „Was Kuba in den vergangenen 60 Jahren trotz Blockade geschafft hat, kann sich weltweit sehen lassen – mein Herz schlägt für Kuba“. Jürgen Böttcher berichtete mit Begeisterung darüber, dass er 1962 Fidel Castro persönlich während der Ostseewoche kennengelernt habe. Noch heute sei ihm diese Begegnung in guter Erinnerung.

Die Regionalgruppe Cuba sí der Wartburgregion konzentriert sich in ihrer Solidaritätsarbeit vor allem auf das Fahrradprojekt. Gegenwärtig sind erneut über 100 fahrbereite Fahrräder von Spendern aus der Region eingelagert, die demnächst abgeholt werden.

Gerd Anacker

- Regionalgruppen Leipzig, Gera, Chemnitz, Berlin, Saalekreis

Wie beim Kampf um die Befreiung der Cuban Five geben wir nicht auf, bis die US-Blockade gegen Kuba gebrochen ist!



Der US-amerikanische Unabhängigkeitstag am 4. Juli war erneut Anlass für eine Kundgebung gegen die US-Blockade gegen Kuba. Am 2. Juli 2021 forderten rund 55 Teilnehmer*innen aus Leipzig, Gera, Chemnitz, Berlin und dem Saalekreis vor dem US-Generalkonsulat in Leipzig ein Ende der Blockade und die Solidarität mit Kuba.

Harri Grünberg (DIE LINKE und Cuba sí-Koordinierungsrat Berlin) und Gudrun Schmidt (Regionalgruppe Leipzig) prangerten in ihren Beiträgen die 243 durch Ex-Präsident Trump verhängten verschärften Blockademaßnahmen (z. B.: Verbot des Imports medizinischer Hilfsgüter, Benzin sowie die Verweigerung von Geldüberweisungen für Kuba auch durch europäische Kreditinstitute) als mörderisch und menschenverachtend an. Der humanistische Einsatz der Ärztebrigaden Kubas in 43 Ländern der Erde und die Entwicklung eigener Impfstoffe gegen COVID-19 wurden hervorgehoben.

Die Resolution mit der Forderung nach dem Ende der Blockade wird dem US-Konsulat übermittelt (siehe Video: <https://www.youtube.com/watch?v=V3UFLuYgUMY>). 2022 soll die gemeinsame Koordinierung und Bündelung der Kräfte mehrerer Cuba sí-Gruppen, der Friedens- und *junge Welt*-Initiative beibehalten und ausgebaut werden.

Silke Albert, Cuba sí CHEmnitz

- DIE LINKE Ortsverband Rochlitz und Geringswalde

Weg mit der Wirtschaftsblockade gegen Kuba



Aus Anlass des 60. Jahrestages des Überfalls auf Kuba in der Schweinebucht am 17. April 1961 haben wir, der Ortsverband DIE LINKE Rochlitz/Geringswalde (Kubafreund*innen Rochlitz Umland), eine Kundgebung auf der Rochlitzer Muldeninsel organisiert.

Dank der Unterstützung des Motorradclubs Kuhle Wampe, des Treibsand-Freiland-Teams, der *jungen Welt*, von Cuba sí, Mitgliedern der DKP und Rochlitzer Bürger*innen zeigten wir Flagge für das kubanische Volk. Etwa 70 Personen beteiligten sich aktiv an der Kundgebung,

hielten Plakate und Fahnen in die Luft und unterstützten die Redner*innen mit Zustimmung und Applaus. Zahlreiche Wandernde und Spaziergänger*innen, denen unser Aufzug nicht entgangen sein konnte, zeigten in der Mehrheit positives Interesse an der Aktion. An den Infoständen der LINKEN und DKP konnte man sich zu aktuellen Themen informieren, bekam kostenlose Ausgaben der *jungen Welt*, der kubanischen Zeitung *Granma*, der *UZ* sowie antifaschistische Infoblätter. Darüber hinaus haben wir 103 Euro an Spenden

für die weltweite Kampagne *#UnblockCuba* sammeln können.

Mit ein paar tollen Bildern, gesendet unter anderem an die kubanische Botschaft, an das Netzwerk Cuba und an das Aktionsbüro UnblockCuba, haben wir uns in der Fotogalerie zwischen Berlin, Bern und Frankfurt (Main) verewigen können. Diese Bilder bringen eindrucksvoll zum Ausdruck, dass auch die sächsische Provinz Flagge zeigt und sich klar für ein Ende der unmenschlichen Wirtschaftsblockade gegen Kuba positioniert.

Wir danken allen Mitwirkenden herzlich für ihre Unterstützung und Solidarität!

Die Hoffnung bleibt, dass die BRD sich besinnt und Kuba nicht explizit als Reiseland mit Strand, Zigarren und Rum sieht, sondern sich für faire Handelsbeziehungen zur kubanischen Republik stark macht und sozialistisch-demokratische Alternativen akzeptiert und unterstützt.

Nur so schaffen wir es, voneinander zu lernen. In den Punkten Bildung, Gesundheit, Solidarität und gerechte Verteilung hätten wir es bitter nötig.

Stanley Weber, Rochlitz

Quelle: *Mittelsächsische LinksWorte*, Mai 2021

LAG Cuba sí Hessen

Der Kampf gegen die Corona-Pandemie ist der Kampf aller Völker und Nationen, er muss solidarisch geführt werden und darf niemanden zurücklassen. Kuba hat in diesem Kampf Großes geleistet, ohne die Rücksichtnahme auf Konzerninteressen, die einen gerechten Einsatz medizinischer Ressourcen verhindern. In Deutschland, der EU und den USA gilt dieses Interesse der Konzerne mehr als das Leben der Menschen. Deshalb werden die Patente für Impfstoffe nicht freigegeben.

Diese aktuelle Situation macht einmal mehr deutlich, warum sich die Menschen in Deutschland ein Beispiel an den Kubanerinnen und Kubanern nehmen sollten und weshalb wir das System, in dem wir leben, hinterfragen müssen.

Ende 2018 nahmen sich junge Genossinnen und Genossen in Hessen ein Beispiel an der kubanischen Revolution und gründeten eine antiimperialistische Landesarbeitsgemein-



Foto: LAG Cuba sí Hessen

v. l.: Nick Papak Amozegar (Sprecher der LAG), Julian Eder (hat die LAG mit aufgebaut), Jimmy Chediak (Konsul Venezuela in Frankfurt/Main), Jörg Rückmann (Cuba sí Berlin), Markus Gludovacz und Robert Kohl Parra (beide Sprecher der LAG Cuba si Hessen).

schaft (LAG) für internationale Solidarität. Die Landesarbeitsgemeinschaft Cuba sí Hessen entstand.

Kaum nahmen die neue LAG und ihr vierköpfiger Sprecherrat ihre Arbeit auf, gab es den Putschversuch Guaidós in Venezuela. Wir sahen es als unsere Aufgabe, hier sofort aktiv zu sein und mobilisierten unsere Kräfte für Demonstrationen, Veranstaltungen (u. a. mit dem Mitglied der Linksfraktion im Bundestag Andrej Hunko über seine Venezuela-Reise) und die Meinungsbildung innerhalb der Partei.

Schritt für Schritt ergaben sich aus unseren Aktivitäten Verbindungen zu Akteuren aus Lateinamerika in Hessen, woraus sich schließlich zahlreiche konkrete Kooperationen entwickelten: Beispielsweise Veranstaltungen zur Regierung von Andrés Manuel López Obrador in Mexiko, zum Putsch gegen Evo Morales in Bolivien oder zu den Protesten in Chile (dazu jährliche Gedenkveranstaltungen zum Mord an Salvador Allende am 11. September).

2019 organisierte die LAG Cuba sí Hessen die Lateinamerika-Konferenz „Ein Kontinent unter Druck“, die gemeinsam mit dem SDS Frankfurt/Main und dem hessischen Bundestagsabgeordneten Achim Kessler (DIE LINKE) durchgeführt wurde. Die Konferenz sollte einen antiimperialistischen Blick auf die Lage in Lateinamerika öffnen und die Notwendigkeit internationaler Solidarität verdeutlichen. Es gab verschiedene Grußworte, unter anderem vom Generalkonsul der Bolivarischen Republik Venezuela Jimmy Chediak, Workshops und Vorträge. Mit gut 100 Gästen war diese Veranstaltung ein voller Erfolg.

Cuba sí Hessen sammelte darüber hinaus Spenden auf allen eigenen Aktionen und den Parteitagen der LINKEN in Hessen und Rheinland-Pfalz. Aktuell besteht der Schwerpunkt der LAG in der Unterstützung der Kampagne #UnblockCuba.

Die LAG will die begonnene Arbeit fortsetzen und, sobald es möglich ist, eine neue Lateinamerika-Konferenz organisieren.

Venceremos!

LAG Cuba sí Hessen



Foto: privat

Nachgefragt bei:

Dr. Rainer Lindemann, Cuba sí Berlin

● Seit wann bist Du aktiv bei Cuba sí Berlin? Wie bist Du zu uns gekommen?

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen USA-Kuba hatte mich auf die Insel gelockt. Ich wollte mir diese Gesellschaft ansehen, ehe die Amis die Insel wieder okkupieren würden – wie ich fürchtete. Ich begann spanisch zu lernen und bereiste das Land im Herbst 2016 auf eigene Faust. Ich erlebte Menschen, heiter, offen, solidarisch, geduldig, stolz auf ihre Geschichte, viele „Fidelistas“. Ein Traum, increíble! Solche Erlebnisse werden die meisten von uns zur Mitarbeit in einer der Soli-Organisationen bewegt haben. Schade, dass bei mir der Groschen so spät gefallen ist.

● Wo liegen Deine Schwerpunkte?

Seit 2018 unterstützen wir die Geburtsklinik „Ramón González Coro“ in Havanna mit Medizintechnik und Verbrauchsmaterial. Für das Provinzkrankenhaus „Dr. Agostinho Neto“ in Guantánamo bereiten wir gerade die Lieferung von Beatmungsgeräten vor. Seit 2020 dreht sich fast alles um die Unterstützung im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie. Zusammen mit dem Netzwerk Cuba beschafften wir Beatmungsgeräte und Verbrauchsmaterial, aktuell zur Unterstützung der Impfkampagne.

● Sucht Ihr noch Mitstreiter?

Wir haben sehr aktive Mitstreiter*innen in der LAG Thüringen, besonders in Gera, aber auch in Chemnitz, denen Kuba viel verdankt. Technik, Material und Medikamente müssen vor dem Versand überprüft, registriert und mit spanischer Dokumentation versehen werden. Wenn sich jemand fände, der/die sich da auskennt und mitmacht – das wäre toll.

● Was wünschst Du Dir für Kuba?

Die Beendigung der Blockade, klar! Einen Wettergott, der die Orkane fernhält, eine ergiebige Ölquelle und eine riesendicke Goldader, damit meine lieben Cubanos ohne wirtschaftliche Not leben können.



Foto: Cuba sí, Jehnichen

24. April 2021 (bundesweiter Aktionstag #UnblockCuba), Blankenburg (Harz), Ortsteil Stadt Derenburg

Unsere langjährigen Cuba si-Aktivistin Heike und Peter Jehnichen organisierten diese Aktion vor dem DDR-Museum in Derenburg.

Bombas o médicos

„Bomben oder Ärzte“ - ein Lied,
den kubanischen Ärzten gewidmet

„Als Rapper fühle ich mich für all die Gemeinheiten verantwortlich, die in meinem Genre gegen das souveräne und blockierte Kuba begangen werden“, sagt Daniel Devita, der bereits Lieder gegen die von den USA aufgezwungene Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade veröffentlicht hat.

Über 1,2 Millionen Aufrufe in YouTube (www.youtube.com/watch?v=eh-tlKtlv28) machen das Lied *Bombas o médicos* des argentinischen Künstlers zu einem großen Erfolg. Der Song bringt seine Solidarität mit den kubanischen Ärzten zum Ausdruck. Er entstand in Zusammenarbeit mit DJ Piero und Gustavo Arroyo (beide Argentinien) und dem venezolanischen Produzenten Ricardo Villarroel.

Im Videoclip sind Bilder aus der historischen Rede Fidel Castros verarbeitet, als er am 25. Mai 2003 in Buenos Aires den Ausspruch prägte „Ärzte und keine Bomben, Ärzte und keine intelligenten Waffen“. Devita hob Kubas Altruismus für die Welt und sein humanistisch geprägtes Handeln hervor und stellte es in Gegensatz zu den USA mit ihrer an eigennützigem geopolitischen Interessen orientierten Außenpolitik und ihren Waffenexporten.

Gegenüber der kubanischen Presseagentur *Prensa Latina* betonte Devita, dass das Lied



Foto: Screenshot aus dem Video „Bombas o médicos“

für ihn aus vielen Gründen ein sehr besonderes sei. Er könne so seine Achtung vor den Leistungen der kubanischen Medizin und dem selbstlosen Wirken der internationalen Ärztebrigaden zum Ausdruck bringen. Die Ausschnitte im Videoclip aus der Rede eines der einflussreichsten lateinamerikanischen Führer der Geschichte unterstrichen, dass das Thema heute noch immer nichts an Aktualität verloren habe. Stolz mache ihn, dass der frühere Präsident Ecuadors, Rafael Correa, den Song geteilt habe: „Das Lied ist eine Umarmung Unseres Amerikas für Kuba. Ich bin glücklich, dass *Bombas o médicos* einen so großen Widerhall in Lateinamerika und vor allem in Kuba gefunden hat.“

Daniel Devita ist einer der aussagekräftigsten Vertreter des lateinamerikanischen Hip Hop, der die Befreiung Lateinamerikas und der Karibik von der US-amerikanischen Dominanz fordert. Seine Musik ist gekennzeichnet durch politische, gesellschaftskritische Texte und eine Fusion unterschiedlicher Rhythmen. Unter anderem stand er mit Roger Waters (Pink Floyd) und Silvio Rodríguez auf der Bühne. In seiner bislang 15-jährigen Karriere hat er sechs Alben veröffentlicht und zahlreiche soziale Projekte unterstützt. Seine Liedtexte werden als Lehrmaterial in Bildungseinrichtungen für verschiedene Klassenstufen eingesetzt.

Quelle: *granma.cu*,
Bearbeitung: Miriam Näther

Was sonst noch geschah Vorschau

- 9. April 2021: „Tarea Ordenamiento“ – Wirtschafts- und finanzpolitische Veränderungen in Kuba, Online-Veranstaltung mit Ramón Labañino Salazar, organisiert von Cuba sí, Netzwerk Cuba e.V., Freundeschaftsgesellschaft BRD-Kuba und ICAP
 - 16.–19. April 2021:
8. Parteitag der PCC in Havanna
 - 17. April 2021: Online-Auftaktveranstaltung #UnblockCuba
 - 29. Mai 2021: bundesweite Aktionen im Rahmen der Kampagne #UnblockCuba, u. a. in Berlin: Fahrrad-Demo von der kubanischen zur US-Botschaft mit Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor
 - 29. Mai 2021: Fest der Linken online, Infos: <https://www.fest-der-linken.de/>
 - 4. Juni 2021: Treffen der Europa-Solidarität online (geplant war Moskau) mit dem ICAP
 - 19.–20. Juni 2021:
Wahlprogramm-Parteitag DIE LINKE
 - 23. Juni 2021: Abstimmung in der UN-Vollversammlung über Kubas Resolutionsentwurf für ein Ende der US-Blockade gegen Kuba, Infos: <http://de.granma.cu/mundo/2021-06-23/live-kuba-legt-in-der-uno-resolution-gegen-us-blockade-vor>
 - 8.–9. Juli 2021: Stopp Air Base Ramstein: 5. internationaler Kongress gegen Militärbasen und Krieg, u.a. Guantánamo, Infos: <https://www.ramstein-kampagne.eu>
 - 24. Juli 2021: *Fiesta de Solidaridad* im nd-Gebäude (FMP1), Live-Übertragung, Infos: www.cuba-si.org
 - 24. Juli 2021; 18–22 Uhr, Fiesta Moncada, Villa Leon, Philipp-Koerber-Weg 1, Nürnberg, Veranstalter: CRD – Comité zur Durchführung der Revolution #1, Freundeschaftsgesellschaft BRD-Kuba/Nürnberg, Infos: www.unblock-cuba.org/veranstaltungen/fiesta-moncada
 - 11.–12. September 2021: Cuba sí nimmt mit Infostand am Kubafest *Manifiesta* im belgischen Ostende teil, Infos: <https://www.manifiesta.be/nl>
 - Bundestreffen der Arbeitsgemeinschaft Cuba sí, Termin und Ort sind noch in Planung, Infos: www.cuba-si.org
 - Kuba-Konferenz der Partei DIE LINKE, Termin und Ort sind noch in Planung, Infos: www.cuba-si.org
- Termine bitte aus Gründen der Corona-Pandemie auf den unter Infos genannten Internetadressen auf ihre Aktualität überprüfen.

Impressum

Herausgeber: Cuba sí, Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 55
www.cuba-si.org, berlin@cuba-si.org

V.i.S.d.P.: Miriam Näther
Druckerei: SAXOPRINT GmbH, Dresden
Auflage: 10 000
Redaktionsschluss: 1. Juli 2021
Cuba sí revista erscheint zweimal jährlich und wird durch Spenden finanziert.

Wer Kuba unterstützen möchte:
Spendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE:

- **Empfänger:** DIE LINKE/Cuba sí
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code: BELADEVXXX
Bitte Verwendungszweck angeben:
„Milch für Kubas Kinder“, „Kuba muss überleben“

Cuba sí